

Milser Straße 37
33729 Bielefeld
Tel.: (0521) 977 10-0
Fax.: (0521) 977 10-20
info@ifua.de

Projekttitel:

**Ersatzneubau der
110-kV-Hochspannungsfreileitung
zwischen Mast Nr. 39 – UA Heppenheim
(Bl. 1398)**

**- Schutzkonzept für die Wasserschutzgebiete
Allmendfeld (WSZ III) und Hähnlein (WSZ II)
während der Montage und Demontage
von Masten -**

Auftraggeber:

Westnetz GmbH, Spezialservice Strom,
Florianstraße 15-21
44139 Dortmund

Bearbeitung:

Dr. Thomas Jurkschat (Dipl.-Geol.)
Michael Bleier (Dipl.-Ing.)

Projekt-Nr.:

P 207022-68-323

Datum:

Oktober 2018

Gesellschafter:

- Dr. Dietmar Barkowski (Dipl.-Chem.)
von der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld öffentlich bestellter und vereidigter
Sachverständiger für Gefährdungsabschätzung für die Wirkungspfade Boden-Gewässer und Boden-
Mensch sowie Sanierung (Bodenschutz und Altlasten, Sachgebiete 2, 4 und 5)
- Michael Bleier (Dipl.-Ing.)
- Petra Günther (Dipl.-Biol.)
von der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld öffentlich bestellte und vereidigte Sach-
verständige für Gefährdungsabschätzung für den Wirkungspfad Boden-Pflanze/Vorsorge zur Begrenzung
von Stoffeinträgen in den Boden und beim Auf- und Einbringen von Materialien sowie für Gefährdungsab-
schätzung für den Wirkungspfad Boden-Mensch (Bodenschutz und Altlasten, Sachgebiete 3 und 4)
Wirtschaftsmediatorin (IHK)
- Monika Machtolf (Dipl. Oec. troph.)

Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass / Einleitung	1
2.	Allgemeiner Bauablauf	2
2.1.	Ablauf des Freileitungsneubaus	2
2.2.	Ablauf des Freileitungsrückbaus	7
3.	Vorbemerkungen zum Schutzkonzept	10
4.	Schutzkonzept für Wasserschutzgebiete/Wassergewinnungsgebiete	12
4.1.	Anforderungen an Arbeiten in Wasserschutzgebieten	12
4.2.	Erweiterte Maßnahmen zum Grundwasserschutz:	16
4.3.	Maßnahmen im Falle einer möglichen Havarie	20
4.4.	Notfallmanagement	21
4.5.	Durchführung	22
4.6.	Versorgung der Ortschaft Hähnlein im Havariefall	23

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1:	Lageplan des Neubaustandortes Mast Nr. 23 (Bl. 1398) und der Demontagestandorte Mast Nr. 66, Mast Nr. 67 (Bl. 0112) mit eingetragenem Wasserschutzgebiet
Anlage 2:	Anforderungen zum Gewässerschutz für Arbeiten in Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen der Hessenwasser GmbH & Co. KG – 01/16 (Stand: Januar 2016).
Anlage 3:	Email der Hessenwasser GmbH & Co. KG (Herr Höning) zum Thema „Alternatives Versorgungskonzept“ vom 05.07.2018
Anlage 4:	Schreiben der Hessenwasser GmbH & Co. KG vom 21.11.2017 zum geplanten Maststandort Nr. 23 (Bl. 1398) – (Az. Q-SR/Hö)
Anlage 5:	Wasserschutzgebietsverordnungen der Wasserschutzgebiete Hähnlein und Allmendfeld
Anlage 6:	Email der Hessenwasser GmbH & Co. KG (Herr Coppola) zum Thema „Versorgungskonzept“ vom 10.04.2018

1. Anlass / Einleitung

Im Zuge des Ersatzneubaus der 110-kV-Hochspannungsfreileitung im Abschnitt zwischen dem Masten Nr. 39 und der UA Heppenheim (Mast Nr. 1 bis Nr. 56, Bl. 1398) wird die Bestandsleitung Bl. 0112 (Mast Nr. 40 bis einschließlich Mast Nr. 108) zurückgebaut. Hierbei werden die bestehenden Masten durch neue Masten auf einer Strecke von ca. 18 km ersetzt. Die Maststandorte befinden sich im Kreis Darmstadt-Dieburg sowie im Landkreis Bergstraße.

Der Neubau bzw. der Rückbau der Bestandsmasten erfolgt teilweise im Wassergewinnungsgebiet des Wasserwerkes Hähnlein der Hessenwasser GmbH & Co. KG, welches sich im Kreis Darmstadt-Dieburg befindet. Die Zuwegungen zu den Maststandorten befinden sich sowohl in der Wasserschutzzone II (Wasserschutzgebiet Hähnlein) als auch in der Wasserschutzzone III (Wasserschutzgebiet Allmendfeld).

Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Maststandorte Nr. 66 und Nr. 67 (Rückbaustandorte Bl. 0112) sowie der Ersatzneubaustandort Nr. 23 (Bl. 1398), da sich diese innerhalb der rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzone II des Wasserschutzgebietes des Wasserwerkes Hähnlein befinden (vgl. Anlage 1).

Das Wasserwerk Hähnlein versorgt die umliegenden Ortschaften (u.a. die Ortschaft Hähnlein) mit Trinkwasser. Aufgrund der besonderen Inselversorgung ist eine Einstellung des Förderbetriebes nicht ohne weiteres möglich. Zwar wäre eine Versorgung der Ortschaft Hähnlein über die Druckerhöhungsanlage (DE) Seeheim theoretisch möglich, jedoch nicht zu jedem Zeitpunkt und auch nur unter bestimmten Randbedingungen machbar (s. Anlage 3).

Aus diesem Grund soll im Zuge der bevorstehenden Baumaßnahmen ein erweitertes Schutzkonzept erarbeitet werden, welches Sorge dafür trägt, dass eine Havarie möglichst ausgeschlossen werden kann.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Westnetz GmbH, Dortmund, die IFUA-Projekt-GmbH, Bielefeld, mit der Erstellung eines Schutzkonzeptes für Arbeiten an den drei oben aufgeführten Maststandorten in Hinblick auf den geplanten Neubau bzw. Rückbau.

2. Allgemeiner Bauablauf

2.1. Ablauf des Freileitungsneubaus

Aufgrund der Standortverhältnisse sowie des Untergrundes ist für die Errichtung des Neubaumastes **Nr. 23 (Bl. 1398)** als Gründungselement ein **Plattenfundament** vorgesehen. Im Rahmen des Neubaus erfolgen nach der Errichtung des Fundamentes der eigentliche Maststahlaufbau sowie die Beseilung, die jedoch keinen Eingriff mehr in den Untergrund darstellen.

ERRICHTUNG DES PLATTENFUNDAMENTES AM STANDORT DES MASTES NR. 23 (BL. 1398)

Die Errichtung des Mastes Nr. 23 (Bl. 1398) erfolgt in den folgenden näher erläuterten Bauablaufschritten. Außerdem werden auch die vorbereitenden Maßnahmen für die Demontage der Maststandorte Nr. 66 und Nr. 67 (Bl. 0112) beschrieben (Verlegen der Baustraßen (s. Punkt a), Oberbodenabtrag (s. Punkt b) und Wasserhaltung (Punkte c und d)):

a) Verlegen von temporären Baustraßen (ca. 1 Arbeitstag) und Einrichten von temporären Arbeitsflächen

Die Zuwegung zu den Arbeitsflächen erfolgt auf vorhandenen asphaltierten oder geschotterten Wegen. Sollte die Trägfähigkeit der Fahrwege nicht gegeben sein, müssen diese ggf. nachgeschottert werden. Um die einzelnen Maststandorte auf unbefestigten Flächen mit Fahrzeugen erreichen zu können, wird zu jedem Maststandort eine temporäre Baustraße aus Stahl- bzw. Bongossiplatten oder anderen Systemen verlegt (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Baustraße als temporäre Zuwegung zum Maststandort



Derartige Baustraßen dienen dem Schutz des Bodens und werden im Vorfeld mit dem Grundstückseigentümer, in Abhängigkeit der aktuellen landwirtschaftlichen Nutzung zum Zeitpunkt der Bauausführung, abgesprochen.

b) Abtragen des Oberbodens (ca. 1-2 Arbeitstage)

Im Bereich der Tiefbauarbeiten wird in den festgelegten Baustelleneinrichtungsflächen um den jeweiligen Maststandort der Oberboden vor Beginn der Tiefbauarbeiten abgetragen (siehe Abbildung 2) und fachgerecht zwischengelagert. Im Bereich des Bodenlagers wird auf die Abtragung des Oberbodens verzichtet. Hier wird vorrangig ein Geotextil ggf. in Kombination mit einer Stahlplatte verwendet. Der Boden wird auf einer Folie gelagert und mit Folie abgedeckt, so dass eine Auswaschung nicht erfolgen kann.

Abbildung 2: Abtrag des Oberbodens im Bereich eines Neubaumastes



c) Installation einer Grundwasserabsenkungsanlage (sofern notwendig; ca. 1-2 Arbeitstage)

An den Maststandorten Nr. 23 (Bl. 1398) und Nr. 66/Nr. 67 (Bl. 0112) werden unabhängig von den im Vorfeld durchgeführten Baugrunduntersuchungen, unmittelbar vor Beginn der Tiefbauarbeiten Ermittlungen des aktuellen Grundwasserstandes durchgeführt. Sollte an diesen Standorten festgestellt werden, dass der Wasserstand weniger als 0,5 m unter der Gründungssohle liegt, wird eine Grundwasserabsenkung durch Vakuumspülfilter installiert (siehe Abbildung 3).

Zur Errichtung der Spüllanzengalerie werden die Fahrzeuge im Bereich von unbefestigten Flächen ebenfalls nur auf den ausgelegten Fahrbohlen fahren.

Abbildung 3: Einrichtung der Wasserhaltung mittels Spüllanzen*



* Anders als in Abb. 3 dargestellt, werden die Fahrzeuge zur Errichtung der Spüllanzen im Bereich von unbefestigten Flächen nur auf vorher ausgelegten Fahrbohlen fahren.

Da der Grundwasserstand stark vom Zeitpunkt der Bauausführung abhängig ist, kann es vorkommen, dass auch an Maststandorten mit zeitweilig hohen Grundwasserständen in niederschlagsschwachen Zeiten keine Grundwasserabsenkung erforderlich ist.

d) Grundwasserabsenkung im Bereich der Baugruben (ca. 2-3 Tage)

Soweit zum Zeitpunkt der Bauausführung relevante Grundwasserstände angetroffen werden, wird der Grundwasserstand im Bereich der Baugruben bis ca. 0,5 m unter die Gründungssohle abgesenkt. Je nach Wassermenge und Absenkgeschwindigkeit muss die Grundwasserabsenkungsanlage einige Tage vor Beginn der Tiefbauarbeiten in Betrieb genommen werden.

Das abzuleitende Grundwasser wird mit Hilfe von Pumpen über ein Absetzbecken geleitet. Es ist geplant, dass Wasser im direkten Umfeld zu versickern. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Einleitung in nahegelegene Vorfluter oder Entwässerungsgräben vorgesehen.

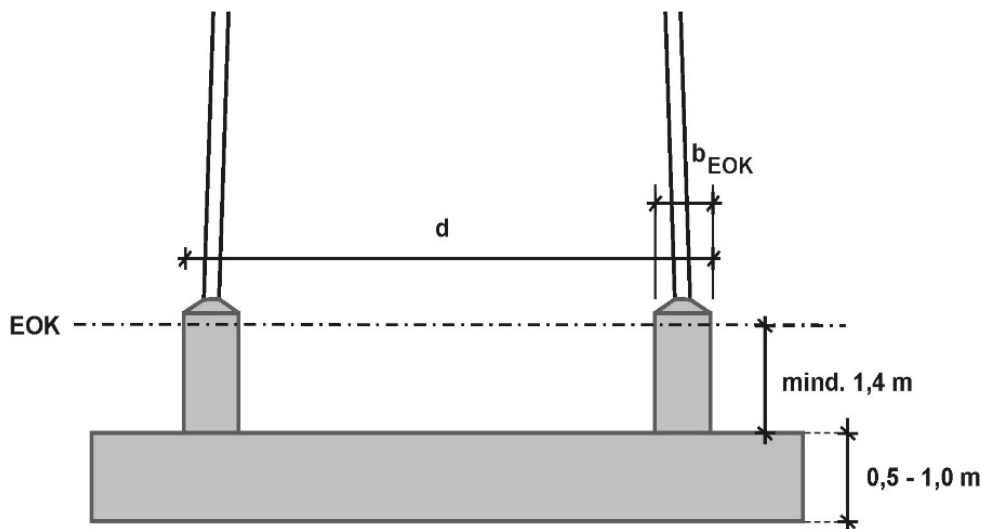
Bei Notwendigkeit einer Grundwasserhaltung wird im Vorfeld der Maßnahme ein wasserrechtlicher Erlaubnisantrag bei der Fachbehörde eingereicht.

e) Herstellen des Plattenfundamentes (ca. 8-12 Arbeitstage)

Für die Errichtung des Plattenfundamentes ist eine Baugrube mit einer Tiefe von mind. 1,40 m u. EOK (Erdoberkante) zuzüglich einer Tiefe von bis zu ca. 0,50 –

1,00 m zur Einbringung einer Sauberkeitsschicht und Betonplatte auszuheben
(vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Prinzipskizze eines Plattenfundamentes (Quelle: Westnetz GmbH)



Mit Hilfe eines Baggers wird die erforderliche Baugrube erstellt. Der Bodenaushub wird fachgerecht im direkten Mastumfeld bis zur Wiederverfüllung zwischengelagert. Überschüssiger Boden wird in Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer ordnungsgemäß entsorgt oder beim Verfüllen der Demontagestandorte wiederverwertet. Die Sicherung der Baugrube erfolgt durch Spunddielen oder durch eine geböschte Baugrube. Unmittelbar nach Erreichung der erforderlichen Gründungstiefe wird eine Beton-Sauberkeitsschicht eingebracht. Nach der Erstellung der Sauberkeitsschicht wird der sogenannte Mastfuß (unterstes, mit dem Fundament verbundenes Teil des Mastes) vor Ort vormontiert, auf die Sauberkeitsschicht in der Baugrube aufgestellt, eingemessen und ausgerichtet.

Aus statischen Gründen erhält das Plattenfundament umfangreiche Stahlbewehrungen. Diese wird nach der Ausrichtung des Mastfußes eingebaut. Nach der Überprüfung und Abnahme der Bewehrung wird die Fundamentplatte betoniert. Der Transport des Betons zur Baustelle erfolgt mittels Betonmischfahrzeugen. Der Transportbeton wird sofort nach der Anlieferung auf der Baustelle mit Hilfe von Betonpumpen oder anderen Fördergeräten in die Baugrube eingebracht und durch Rütteln verdichtet. Das Einbringen des Betons in die Fundamentgrube erfolgt ohne Unterbrechungen und wird an einem Arbeitstag abgeschlossen.

Die Fundamentköpfe werden nach dem Betonieren der Fundamentplatte eingeschalt und betoniert (Abbildung 5). Unmittelbar nach der Erstellung der Fundamentköpfe wird die Baugrube entsprechend der vorgefundenen Bodenschichtungen wieder verfüllt (Abbildung 5). Nach Abschluss der Verfüllung der Baugrube sind sämtliche Tiefbauarbeiten für die Errichtung des neuen Freileitungsmastes abgeschlossen.

Abbildung 5: Plattenfundament vor und nach der Verfüllung der Baugrube



f) Rückbau der Grundwasserabsenkungsanlage (ca. 1 Arbeitstag)

Spätestens nach dem Verfüllen der Baugrube wird die Grundwasserabsenkungsanlage zurückgebaut. In Abhängigkeit vom Grundwasserstand kann die Absenkungsanlage bereits vor dem Verfüllen der Baugrube demontiert werden.

g) Errichtung des Mastgestänges und Rückbau der Baustraße (ca. 3-5 Tage)

Nach der Herstellung des Fundamentes muss dieses ca. 4 Wochen aushärten. Im Anschluss daran erfolgt die Montage des Mastgestänges mit anschließender Aufhängung der Leiterseile.

Nachdem alle Bauarbeiten abgeschlossen sind erfolgt abschließend der Rückbau der temporären Baustraßen.

2.2. Ablauf des Freileitungsrückbaus

Im Rahmen des Rückbaus werden die bestehenden Masten Nr. 66 und Nr. 67 der Bl. 0112 demontiert. Hierzu wird jeder Mast nach dem Herunterlassen der Leiterseile vor Ort in kleine Teile zerlegt und abtransportiert. Der Rückbau der Schwellenfundamente erfolgt bis in eine Tiefe von ca. 3 m unter GOK. Die Schwellen werden vollständig entfernt.

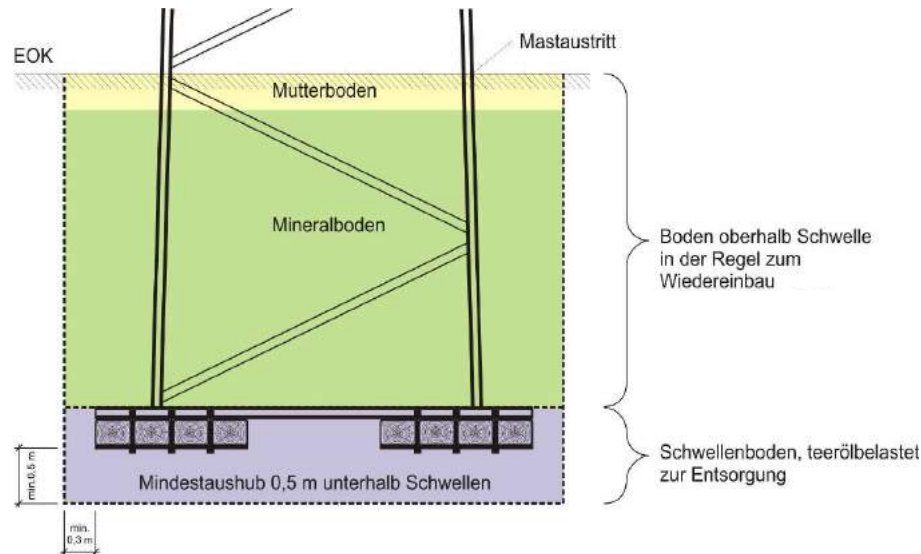
Bei Hochspannungsfreileitungen wurden bis ca. 1965 (teilweise auch noch später) häufig Holzschwellen als Gründungsart für Masten gewählt. Die Schwellenfundamente bestehen ggf. aus in mehreren Paketen angeordneten Holzschwellen, die gegen Verrottung vor dem Einbau mit Teeröl imprägniert wurden. Je nach einzelstandörtlichen Gegebenheiten besteht die Möglichkeit, dass diese Teeröle in den Boden unterhalb der Schwellen eingedrungen sind und zu einer Verunreinigung des Bodens geführt haben. Abhängig von der Lage, den Untergrundverhältnissen und dem Grundwasserflurabstand ist zudem ein Eintrag der Schadstoffe in das Grundwasser möglich. Daher werden diese Fundamente bei Rückbau der Freileitung grundsätzlich vollständig entfernt.

Die in Kapitel 2.1 beschriebenen **Arbeitsschritte a-d treffen** in nahezu identischer Weise **auch auf den Rückbau der Mastfundamente zu**. Aufgrund der möglichen Teerölverunreinigung ist im Einzelfall jedoch zusätzlich zur Grundwasserabsenkung eine Grundwasseraufbereitung vor der Einleitung des Grundwassers vorgesehen. Die Aufbereitung des Grundwassers wird im wasserrechtlichen Antrag detailliert beschrieben. Für den Fall einer Verunreinigung mit PAK sind Aktivkohlefilter vorgesehen, wobei dem eigentlichen Hauptfilter eine zweite Aktivkohleeinheit (sogenannter Polzeifilter) nachgeschaltet ist. Auch wenn nicht von Schadstoffen im Grundwasser auszugehen ist, wird die Wasserqualität im Vorfeld untersucht, um die Grenzwerte für eine Versickerung oder die Einleitung in einen Vorfluter einzuhalten.

a) Erstellen der Baugrube (ca. 0,5 Arbeitstage)

Mit Hilfe eines Baggers werden die erforderlichen Baugruben erstellt. Der unbelastete Bodenaushub oberhalb des Schwellenpaketes (s. Abb. 6) wird fachgerecht im direkten Mastumfeld bis zur Wiederverfüllung zwischengelagert. Weitere Informationen zum Grundwasserschutz sind in Kapitel 4.2 zu finden.

Abbildung 6: Bodenaufbau oberhalb und im Bereich der Schwellenfundamente



b) Ausbau der Schwellen (ca. 1 Stunde)

Ist der Boden oberhalb der Schwellen entfernt, werden zunächst die Schwellen freigelegt (Abbildung 7).

Abbildung 7: Freilegung der Schwellenfundamente



Das Schwellenfundament wird innerhalb der Baugrube zerlegt. Holzschwellen und Stahlrahmen werden hierbei voneinander getrennt und separat in Container zur ordnungsgemäßen Entsorgung verladen.

c) Ausbau des mit Teeröl belasteten Bodens (ca. 1-2 Stunden)

Der belastete Boden im Bereich und unterhalb der Schwellen ab Oberkante Schwelle/Querriegel wird getrennt ausgehoben und direkt in Mulden verladen. Die

Aushubtiefe richtet sich im Einzelfall nach den vorliegenden, erkennbaren Belastungen durch die Teeröle; als Anhaltspunkt gelten ca. 0,3 m seitlich und ca. 0,5 m unterhalb des Schwellenfundamentes. Eine typische bläuliche Verfärbung des Bodens (siehe Abbildung 8) unterhalb der ehemaligen Schwellen weist auf einen Eintrag von Teerölen aus den Holzschwellen in den Boden hin und muss vollständig entfernt werden. Die Festlegung erfolgt nach den örtlichen Gegebenheiten und durch Personen, die über die erforderlichen schadstoffseitigen, bodenkundlichen und hydrogeologischen Kenntnisse und Erfahrung verfügen und bei grundwasserempfindlichen Standorten durch den beauftragten Gutachter.

Durch Bodenuntersuchungen (Sohlprobe) wird die Schadstofffreiheit der verbleibenden Baugrube belegt.

Abbildung 8: Baugrube nach Freilegung der Schwellenfundamente



**Durch Teeröl belasteter Boden
unterhalb der Schwellen**



**Baugrubensohle nach Aushub des
belasteten Bodens**

d) Verfüllen der Baugrube (ca. 1-2 Stunden)

Unmittelbar nach dem Ausbau des belasteten Materials wird die Baugrube mit dem seitlich gelagerten unbelasteten Material entsprechend des vorgefundenen Bodenausbaus wiederverfüllt. Das durch die Entsorgung des belasteten Bodens entstandene Materialdefizit wird durch geeigneten Boden (aus dem Leitungsneubau Mast Nr. 23 (Bl. 1398) oder anderweitig angelieferter Boden mit Herkunftsnachweis) ausgeglichen.

3. Vorbemerkungen zum Schutzkonzept

Bei Baumaßnahmen unmittelbar im Bereich der Trinkwassergewinnungsanlagen sowie in der engeren Wasserschutzgebietszone ist eine mögliche Gefährdung der Trinkwassergewinnung nie vollständig auszuschließen.

Die Hessenwasser GmbH & Co. KG hat mit Schreiben vom 05.07.2018 sowie mit Stellungnahme vom 22.11.2017 (Az.: Q-SR/Hö) eine Einschätzung zur Eignung von Schutzmaßnahmen zur Vermeidung von Grundwasserschäden (Eintrittswahrscheinlichkeit) und die möglichen Konsequenzen für die Versorgungssicherheit (Schadensausmaß) mitgeteilt (s. Anlage 4).

Es wurde u.a. mitgeteilt, dass *„es aufgrund des räumlichen Abstandes zur geplanten Baumaßnahme aus unserer Sicht (Einschätzung von Hessenwasser, Anmerkung des Unterzeichners) nicht notwendig ist, den Brunnen während der Arbeiten abzuschalten, wenn die Auflagen zum Schutz des Grundwassers eingehalten werden.“* Weiterhin wurde angeführt, dass, *„wenn eine Abschaltung bei einem Unfall auf der Baustelle erforderlich werden würde, die Wasserversorgung nicht ohne weitere Maßnahmen gewährleistet werden könnte.“*

Für das Schutzkonzept bedeutet dies, dass Maßnahmen möglichst im Vorfeld getroffen werden müssen. So ist die sorgfältige unabhängige Überwachung und Einhaltung der (Grundwasser-)Schutzmaßnahmen höher zu bewerten, als die analytische Überwachung an ggf. zu errichtenden Messstellen, weil durch die analytische Überwachung eingetretene Schäden nur stark zeitverzögert erfasst werden können.

Das nachfolgende Schutzkonzept (Kapitel 4) ist auf die vorbeugenden Maßnahmen ausgelegt.

Damit die vorbeugenden Maßnahmen auch wirksam umgesetzt werden, sind alle Mitarbeiter der bauausführenden Firmen sowie alle auf der Baustelle eingesetzten Beschäftigten darüber zu informieren, dass das Vorhaben in Wasserschutzgebieten durchgeführt wird, und entsprechend einzuweisen. Hierbei ist klarzustellen, dass ein besonderer Schutz des Grundwassers erforderlich ist und die nachfolgend genannten Arbeits- und Verhaltensweisen zwingend einzuhalten sind (Kapitel 4.1ff).

Neben diesen Sicherheitsregeln für Arbeiten in Wasserschutzgebieten ist zwischen der Westnetz und dem Auftragnehmer (AN) als Rahmenbedingung die Einhaltung aller gesetzlichen Anforderungen sowie anerkannte Regeln der Technik vereinbart.

Auszug aus den Vertragsbedingungen:

„Für die Einhaltung ist der AN allein verantwortlich. Insbesondere gilt dies für die Verkehrssicherungspflicht bei Leistungserstellung oder Lieferung. Die Vorschriften gelten jeweils in der gültigen Fassung in Verbindung mit den entsprechenden Durchführungsverordnungen und sind vom AN selbst zu beschaffen. Hierbei handelt es sich z. B. um:

- Abfallrecht
- Anzuwendende DIN-/VDE-Normen
- Arbeitsschutzgesetz
- Arbeitssicherheitsbestimmungen
- Arbeitszeitverordnung
- Betriebssicherheitsverordnung
- Chemikalien- und Gefahrstoffrecht
- Datenschutzbestimmungen
- Gefahrgutrecht
- Gewässerschutzvorschriften
- Immissionsschutzvorschriften
- Landschaftsschutzbestimmungen
- Naturschutzbestimmungen
- Technische Richtlinien
- Umweltschutzbestimmungen
- Unfallverhütungsvorschriften“.

4. Schutzkonzept für Wasserschutzgebiete/Wassergewinnungsgebiete

Die auszuführenden Arbeiten für die Demontage der Masten Nr. 66 und Nr. 67 (Bl. 0112) bzw. den Neubau des Hochspannungsfreileitungsmastes Nr. 23 (Bl. 1398) finden in den Wasserschutzgebieten der Wassergewinnungsanlagen Hähnlein und Allmendfeld statt.

Es ist hier als Besonderheit anzuführen, dass die Wasserschutzgebietszonen II und III zu verschiedenen Wasserschutzgebieten gehören. So ist die Wasserschutzzone II dem festgesetzten Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes Hähnlein zuzuordnen (Wasserschutzgebietsverordnung vom 15.05.1974, St.Anz. 24/1974, S. 1101, s. Anlage 5). Die an die Schutzzone II grenzende Schutzzone III ist dem Wasserschutzgebiet der Wassergewinnungsanlagen Allmendfeld zugewiesen (Wasserschutzgebietsverordnung vom 04.10.1972, St.Anz. 45/1972, S. 1901, s. Anlage 5).

An den Maststandorten Nr. 66 und Nr. 67 der (Bl. 0112) sowie Nr. 23 (Bl. 1398) sind neben allgemeinen organisatorischen Voraussetzungen auch besondere Ansprüche an die Arbeits- und Verhaltensweise der Mitarbeiter der einzelnen ausführenden Baufirmen zu stellen (s. Kapitel 4.1).

Die in den Wasserschutzgebietsverordnungen angeführten Verbote umfassen lediglich allgemeine Sachverhalte, wie z. B. das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten oder das Durchführen von Bohrungen. Detaillierter werden die vorsorglichen Maßnahmen in den **„Anforderungen zum Gewässerschutz für Arbeiten in Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen der Hessenwasser GmbH & Co. KG – 01/16 (Stand: Januar 2016, s. Anlage 2)“** beschrieben.

Die wesentlichen Punkte aus dem Konzept der Hessenwasser GmbH sind in Kap. 4.1 aufgelistet.

4.1. Anforderungen an Arbeiten in Wasserschutzgebieten

Im Folgenden werden die Anforderungen an Arbeiten im Umfeld des Wasserwerkes Hähnlein, an die Baustelleneinrichtungen sowie an die Baumaschinen und die Fahrzeuge aufgelistet, die innerhalb des Wassergewinnungsgebietes betrieben bzw. durchgeführt werden (s.a. Konzept der Hessenwasser GmbH):

Anforderung:

Im Vorfeld sind Sicherungsmaßnahmen bei der Errichtung der Baustellenzufahrten, Lager- und Betankungsplätzen bzw. Maßnahmen bei etwaigen Unfällen festzulegen.

Umsetzung:

Das Betanken wird ausschließlich außerhalb der Wasserschutzzone (WSZ) II durchgeführt. Es findet keine Lagerung von wassergefährdenden Stoffen in der WSZ II statt.

Anforderung:

Das Befahren der Straßen und Wege innerhalb des Wasserschutzgebietes ist auf das notwendige Minimum zu beschränken.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Anforderung:

Für die durchzuführenden Arbeiten sind grundsätzlich nur Baufahrzeuge und –maschinen mit biologisch abbaubaren Hydraulikölen einzusetzen.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Anforderung:

Es sind nur Maschinen zu verwenden, bei denen nicht mit Ölverlusten zu rechnen ist.

*Fahrzeuge und Baumaschinen sind vor ihrem erstmaligen Gebrauch, während ihres Betriebes (**arbeitstäglich**) sowie vor der Einfahrt in die Wasserschutzgebiete durch den Verantwortlichen der Baufirma oder einem festgelegten Stellvertreter mindestens durch Sichtprüfung auf Dichtigkeit im Hinblick auf Schmier- und Treibstoffverluste zu überprüfen; erforderlichenfalls sind zusätzliche Maßnahmen zum Auffangen von Schmier- und Treibstoffen zu ergreifen.*

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Darüber hinaus werden die Maschinen arbeitstäglich auf Tropfverluste überprüft.

Anforderung:

Es ist sicherzustellen, dass keine Öle und andere wassergefährdende Stoffe, die infolge von Unfall, Undichtigkeit, Überströmung, Ausspülung oder Entleerung ablaufen, in ein Fließgewässer oder in das Grundwasser gelangen können.

Umsetzung:

Wassergefährdende Stoffe werden nur als Betriebsmittel für die Fahrzeuge, Baumaschinen und Pumpen eingesetzt. Geeignetes Bindemittel bzw. ölaufsaugendes Material wird zur Aufnahme von auslaufenden wassergefährdenden Stoffen in ausreichender Menge (≥ 30 kg) auf der Baustelle vorgehalten, d.h. an jedem Mast, an dem Bauarbeiten stattfinden bzw. Maschinen in Betrieb sind. Jedes Fahrzeug führt ein Mindestmaß von 5 kg an Bindemittel mit, wenn nicht ausreichend Bindemittel vor Ort vorgehalten wird.

Anforderung:

Für den Havariefall (z. B. Eintrag von Betriebsmitteln der eingesetzten Baugeräte) sind Bindemittel vorzuhalten.

Umsetzung:

Bindemittel werden vorgehalten, wenn erforderlich erfolgt ein sofortiger Bodenaustausch!

Anforderung:

Unter stationären Verbrennungsmotoren und Aggregaten sind flüssigkeitsdichte und niederschlagswassergeschützte Ölauffangwannen aufzustellen, sobald das Fahrzeug/die Baumaschine kurzfristig abgestellt oder im Stand betrieben wird.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt -

Anforderung:

Ölauffangwannen sind an jeder Baustelle (jedem Mast) im Wasserschutzgebiet in ausreichender Menge vorzuhalten.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt -

Anforderung:

Kleinreparaturen sind sofort und außerhalb der Wasserschutzgebiete durchzuführen, andernfalls ist das Gerät unverzüglich auszutauschen.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Anforderung:

Betonmischer dürfen nicht vor Ort gereinigt werden. Ebenso dürfen keine Betonreste entladen werden.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Anforderung:

Das Waschen von Fahrzeugen und Geräten ist in diesen Bereichen generell unzulässig.

Umsetzung:

- Diese Tätigkeiten sind nicht vorgesehen –

Anforderung:

Die Betankung der Baumaschinen und Fahrzeuge hat generell außerhalb des Wassergewinnungsgebietes zu erfolgen. In Ausnahmefällen (z. B. für fest installierte Pumpen, nicht mobiles Bohrgerät) kann unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen (Baufolie, Ölauffangwannen, Bindemittel) eine Betankung stattfinden.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Anforderung:

Baustelleneinrichtungen, Bürocontainer, Wohnwagen, Toilettenwagen usw. dürfen innerhalb des Wassergewinnungsgebietes nicht aufgestellt bzw. betrieben werden. Auch das Reparieren, Warten oder Reinigen von Fahrzeugen und Baumaschinen sowie das Lagern wassergefährdender Stoffe ist innerhalb des Wassergewinnungsgebietes unzulässig. Das Abstellen von Geräten innerhalb des Wassergewinnungsgebietes ist mit dem verantwortlichen Bauleiter vor Ort abzustimmen.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

Anforderung:

Auf der Baustelle anfallende Abfälle (z. B. Kanister, Fässer, Dosen etc.) sind umgehend ordnungsgemäß zu entsorgen. Müssen ausnahmsweise Abfälle auf der Baustelle zwischengelagert werden, so hat dies ausschließlich in ausreichend dichten, beständigen und vor Witterungseinflüssen geschützten Behältnissen (z. B. Containern) zu erfolgen.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt –

4.2. Erweiterte Maßnahmen zum Grundwasserschutz:

Die nachfolgenden Empfehlungen sind aus vorangegangenen Projekten mit ähnlicher Fragestellung entnommen und dienen als Leitlinie für eine havariefreie Ausführung der Arbeiten.

Betrieb und Betankung von kraftstoffbetriebenen Vakuumpumpen in der Schutzzone II

Anforderung:

Die Vakuumpumpen sollen möglichst außerhalb der Wasserschutzzone II aufgestellt und betankt werden. Können die Vakuumpumpen nicht außerhalb der Wasserschutzzone II aufgestellt werden, sind zusätzliche Anforderungen an die Betankung, die Auffangwanne der Pumpe, den Schutz gegen Niederschlagswasser usw. zu erfüllen.

Umsetzung:

Innerhalb der Wasserschutzzone II werden **nur elektrisch betriebene Vakuumpumpen** eingesetzt. Die hierfür benötigten Stromerzeuger werden außerhalb der Zone II aufgestellt. Sie erfüllen die im Sicherheitskonzept der Hessenwasser beschriebenen Anforderungen. Alle übrigen kraftstoffbetriebenen Maschinen werden ausschließlich außerhalb der Zone II betankt und abgestellt. Zudem wird geprüft, ob die Stromversorgung der

Pumpen über einen Baustromversorger mit Anschluss an das öffentliche Stromnetz erfolgen kann (ggf. vom Wasserwerksgebäude aus), so dass Stromerzeuger gegebenenfalls nicht notwendig werden.

Oberbodenabtrag

Anforderung:

In der Schutzzone II sollte für Baustraßen keine Bodenbewegung, d.h. kein Oberboden abgetragen werden. Die Baustraßen sind mit Baggermaten, Aluplatten oder Stahlplatten herzurichten.

Umsetzung:

Die Zufahrten werden mit Alu- oder Stahlplatten auf unbefestigtem Gelände direkt auf dem Oberboden ausgelegt und befestigt. Ggf. werden unzureichend geschotterte Bestandswege nachgeschottert (Instandsetzung).

Anforderung:

Der Oberbodenabtrag im Umfeld der Masten ist auf ein Minimum zu reduzieren.

Umsetzung:

Der Oberbodenabtrag wird auf die für die Mastgründung und die Demontagen erforderlichen Baugruben beschränkt. Der Bodenaushub wird auf Stahlplatten mit untergelegtem Vließ gelagert, um eine Vermischung von Unterboden (Mineralboden) und dem Oberboden zu vermeiden. Der Oberbodenaushub wird direkt auf dem vorhandenen Oberboden gelagert; er wird in glatt abgeboachten Mieten mit einer Höhe von max. 2 m aufgesetzt. Der Arbeitsraum um die Baugrube (Fahrwege für Bagger, Betonfahrzeuge usw.) herum wird mit Stahlplatten ausgelegt, um eine Verdichtung des Oberbodens zu vermeiden.

Verfüllung der Baugruben

Anforderung

Der Bodenaushub soll getrennt nach unterschiedlichen Schichten und Bodenarten erfolgen. Diese sind getrennt zu lagern und entsprechend der vorhandenen Bodenschichten wieder einzubauen.

Umsetzung:

Der Bodenaushub wird nach Bodenarten getrennt ausgehoben und wieder eingebaut. Sofern bindige Schichten angetroffen werden, werden diese in entsprechender Tiefe als Sperre eingebaut. Eine Tonsperre aus standort-fremdem Material ist nicht vorgesehen.

Verwendung von Baustoffen, Bauhilfsstoffen und Füllmaterialien

Anforderung:

Zulässig ist nur die Verwendung solcher Baustoffe, Bauhilfsstoffe oder Füllmaterialien, die auch nach Fertigstellung des Bauvorhabens keine Beeinträchtigung des Grundwassers besorgen lassen. Verwendete Baufolie muss auf ihre Reißfestigkeit und Undurchlässigkeit für Flüssigkeiten, die eine Gefahr für das Grundwasser darstellen könnten, nachweislich geprüft sein.

Für die im Einsatz befindlichen Betonverflüssiger, Fließmittel und Nachbehandlungsmittel für Beton sind vor Baubeginn in den Wasserschutzgebieten alle notwendigen Unterlagen zum Nachweis der Unbedenklichkeit für das Grundwasser vorzulegen (Informationsblätter, Sicherheitsdatenblätter, Nachweise für Prüfbedingungen, Untersuchungsergebnisse, Prüfberichte, Prüfzeugnisse, allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen, technische Merkblätter, etc.).

Zur Verfüllung der Baugruben ist, sofern keine Verunreinigung festzustellen ist, grundsätzlich das vor Ort ausgehobene Material zu verwenden. Weiterhin kann natürliches Bodenmaterial von Fremdlieferanten verwendet werden, dass am Ursprungsort beprobt worden ist. Nicht geeignet ist Bodenmaterial aus Abbruch- oder Bodensanierungsmaßnahmen sowie recycelter Boden. Die Vorsorge- bzw. Z0-Werte sind einzuhalten.

Bei der Erstellung befestigter Wege oder zur Baugrundverbesserung in den Baugruben bei Mastneubauten ist ein natürliches mineralisches Material (z. B. Naturschotter) zu verwenden, RC-Material und aufbereiteter Bauschutt sind von der Verwendung ausgeschlossen. Auch hier sind die Vorsorge- bzw. Z0-Werte sind einzuhalten.

Für alle Materialien, die über den vorhandenen Boden hinaus zur Verfüllung von Baugruben verwendet werden, sind Herkunftsnachweise zu führen, die den Lieferanten (Erzeuger) und den Abbau-/Gewinnungsstelle (Herkunftsstandort) anzeigen sowie Informationen zur Lagerung, zur Füllmaterialart und -beschaffenheit und zur durchgeführten Qualitätssicherung beinhalten.

Umsetzung:

Es werden nur Baustoffe, Bauhilfsstoffe und Füllmaterialien verwendet, die keine Beeinträchtigung für das Grundwasser nach sich ziehen und die Vorsorge- bzw. Z0-Werte einhalten. Die genannten Materialien dürfen nur eingebaut werden, wenn die Herkunftsnachweise vorliegen und unbedenklich sind. Sollte der Herkunftsnachweis nicht eindeutig sein, wird das Material zwischengelagert, beprobt und analysiert. Bis zur Vorlage der Analytik und Freigabe darf das Material nicht verwendet werden. Für die Sauberkeitsschicht und die Fundamentplatte kommen grundsätzlich keine wassergefährdenden Betonmischungen zum Einsatz. Es wird ausschließlich chromatarmer Beton eingebaut. Bei der Verwendung von Baufolie wird diese im Vorfeld auf Reißfestigkeit geprüft. Allen übrigen Anforderungen zur Verwendung von Baustoffen, Bauhilfsstoffen und Füllmaterialien werden ebenfalls wie gefordert umgesetzt.

Betriebsstoffe für Maschinen und Baugeräte

Anforderung:

Innerhalb des Wassergewinnungsgebietes dürfen ausschließlich Maschinen und Geräte eingesetzt werden, deren Hydrauliksysteme mit biologisch abbaubaren Ölen befüllt sind. Es sind außerdem ausschließlich Motorenöle, Frostschutzmittel und Schmierstoffe zu verwenden, durch die eine Gefahr für das Grundwasser nicht zu besorgen ist.

Umsetzung:

- wird so umgesetzt -

4.3. Maßnahmen im Falle einer möglichen Havarie

Auch wenn Havariefälle bei vorausschauender Planung und Umsetzung von Vor-
sichtsmaßnahmen als unwahrscheinlich eingestuft werden, können zufällige
Schadensereignisse niemals ganz ausgeschlossen werden. Als einzig denkbare
Havarien sind Öl- und Kraftstoffunfälle anzuführen. Nachfolgend werden die not-
wendigen Maßnahmen im Schadensfall aufgeführt:

Öl-/Kraftstoffunfälle

Anforderung:

*Bei eventuellen Leckagen, Öl-/Kraftstoffunfällen soll das verunreinigte
Erdreich sofort ausgehoben werden können. Hierzu sollen an den Bau-
stellen über den gesamten Bauzeitraum, in dem Maschinen mit Verbren-
nungsmotoren eingesetzt werden (Pumpen, Baufahrzeuge usw.) ein Bag-
ger sowie 1-2 leere Container vor Ort vorgehalten werden.*

Umsetzung:

Es werden sowohl Container, als auch Ölbindemittel in ausreichender
Menge im Arbeitsbereich der Maststandorte vorgehalten.

Anforderung:

*Seitens der Baufirma ist ein Notfallplan zu erstellen, der die Kontaktdaten
der Baustelle sowie die Notfallrufnummer der Bauleitung enthält. Diese
Notfallrufnummer muss rund um die Uhr erreichbar sein. In diesen Notfall-
plan ist die Notfall-Nr. der Kreisleitstelle einzutragen und auf der Baustelle
zu hinterlegen. Der Notfallplan ist dem entsprechenden Kreis vor Beginn
der Arbeiten mitzuteilen.*

Umsetzung:

Notfallplan wird erstellt.

4.4. Notfallmanagement

Über Betriebsstörungen und sonstige Vorkommnisse, die befürchten lassen, dass wassergefährdende Stoffe in das Grundwasser oder ein Oberflächengewässer Gewässer gelangen können, ist unverzüglich die zuständige untere Wasserbehörde sowie der Wasserwerksmeister des WW Hähnlein zu informieren (Sofortmeldung). Art, Ursache, Umfang, Ort und Zeitpunkt des Schadensereignisses sowie seine möglichen Auswirkungen sind bei der Meldung so genau wie möglich anzugeben. Ebenfalls anzugeben sind die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung.

Die Sofortmeldung ist zu richten an die jeweilige Notrufzentrale bzw. Leitstelle der Feuerwehr.

Die Rufnummern der zu informierenden Personen (Wasserwerksmeister, Untere Wasserbehörde, Bauleitung, örtlichen Feuerwehr, u.a.) sind in einem **Alarmierungsschema** anzuführen und ständig und überall (insbesondere auf der Baustelle) vorzuhalten.

4.5. Durchführung

Bei Einhaltung der angeführten Schutzmaßnahmen (einschließlich Anlage 2) so-
wie einer unabhängigen Überwachung der Umsetzung wird die Eintrittswahr-
scheinlichkeit eines Grundwasserschadens als sehr gering angesehen.

Diese Meinung wird auch durch die Hessenwasser GmbH (Email von Herrn Jür-
gen Höning) vom 05.07.2018) gefolgt.

Der Erfolg der Umsetzung des Schutzkonzeptes ist an folgende Punkte gebun-
den:

- Einweisung der Mitarbeiter
- Überprüfung der Umsetzung der Maßnahmen
- Einhaltung des Gebrauchs von zugelassenen Materialien (s. Kap. 4.2)
- Umsetzung der allgemeinen Maßnahmen zum Schutze des Grundwas-
sers in Wasserschutzgebieten (s. Kap. 4.1) und erweiterte Maßnahmen
zum Grundwasserschutz (s. Kap. 4.2).

Die Ausführung der Arbeiten muss in enger Abstimmung mit der Hessenwasser
GmbH & Co. KG erfolgen, damit die Baumaßnahme in einen Zeitraum mit mög-
lichst geringen Wasserbedarf gelegt werden kann.

Aus diesem Grunde sind die Baumaßnahmen zum Neubau des Mastes Nr. 23
(Bl. 1398) und zum Rückbau der Maste Nr. 66 und Nr. 67 (beide Bl. 0112) nicht
während der Sommermonate vorgesehen (s. Anlage 6).

Es wird empfohlen, dass die in diesem Konzept beschriebenen Sicherheitsmaß-
nahmen regelmäßig überprüft und überwacht werden. Vorgesehen werden soll-
ten Begehungen zu Beginn der Bautätigkeiten, wöchentlich während der Bauaus-
führung sowie nach Abschluss der Arbeiten. Darüber hinaus sollten auch stich-
probenartige Kontrollen durchgeführt werden.

4.6. Versorgung der Ortschaft Hähnlein im Havariefall

Sollte es wider Erwarten dennoch zu einer Havarie kommen, die aufgrund un-
günstiger Randbedingungen eine Außerbetriebnahme des Wasserwerkes Hähn-
lein zur Folge hat, wäre die Wasserversorgung möglicherweise auch über die
Druckerhöhungsanlage (DEA) Seeheim und/oder Tankfahrzeuge sicher zu stel-
len.

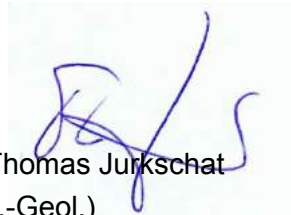
Da die Wahrscheinlichkeit einer Havarie als äußerst gering einzustufen ist, wird
das Vorhalten von Tankwagen während der Baumaßnahmen als unverhältnismä-
ßig betrachtet.

Bielefeld, den 21.11.2018

Michael Bleier
(Dipl.-Ing.)



Dr. Thomas Jurkschat
(Dipl.-Geol.)



- beratender Geowissenschaftler BDG -

Anlage 1: **Lageplan des Neubaustandortes Mast Nr. 23 (Bl. 1398) und
der Demontagestandorte Mast Nr. 66, Mast Nr. 67 (Bl. 0112)
mit eingetragenem Wasserschutzgebiet**

Anlage 2: Anforderungen zum Gewässerschutz für Arbeiten in Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen der Hessenwasser GmbH & Co. KG – 01/16 (Stand: Januar 2016).



**Anforderungen zum Gewässerschutz
für Arbeiten in Einzugsgebieten von
Trinkwassergewinnungsanlagen der
Hessenwasser GmbH & Co. KG - 01/16
- Stand: Januar 2016 -**

Ansprechpartner
Jürgen Höning

Telefon: 069 - 25 490 6201

juergen.hoening@hessenwasser.de



Hessenwasser GmbH & Co. KG, Taunusstraße 100,
D-64521 Groß-Gerau/Dornheim
Info@hessenwasser.de www.hessenwasser.de

Anforderungen zum Gewässerschutz für Arbeiten in Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen der Hessenwasser GmbH & Co. KG - 01/16

Alle Gewässer sind gemäß Wasserhaushaltsgesetz vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen. Eines besonderen Schutzes bedürfen darüber hinaus die Einzugsgebiete von Gewinnungsanlagen der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Durch die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes werden in Schutzgebietsverordnungen bestimmte Handlungen verboten, unter Genehmigungsvorbehalt gestellt oder für nur beschränkt zulässig erklärt.

Schutzgebiete für Grundwasser werden im Allgemeinen in folgende Schutzzonen gegliedert, die in Abhängigkeit von Art, Ort, Dauer und Auswirkung der potenziellen Gefährdung mit Nutzungsbeschränkungen versehen werden:

Zone I: Fassungsbereich (bei Grundwassergewinnungsanlagen)

Zone II: Engere Schutzzone

Zone III: Weitere Schutzzone (eine Unterteilung in III A / III B ist möglich)

Für alle Einzugsgebiete der Hessenwasser, sowohl für amtlich festgesetzte Wasserschutzgebiete als auch für im Planungsverfahren befindliche oder bereits mit einer Veränderungssperre belegte Gebiete, wurden Schutzzonen in Abstimmung mit den zuständigen Wasserbehörden abgegrenzt.

Bei sämtlichen Maßnahmen in Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen muss der Gewässerschutz in besonderem Maße Beachtung finden und alle einschlägigen Verordnungen, Erlasse, Richtlinien und Vorgaben des technischen Regelwerkes in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten und einzuhalten.

Wir weisen ausdrücklich auf die jeweilige Verordnung zum Schutz der entsprechenden Trinkwassergewinnungsanlage hin. Vor der Ausführung wird der aktuelle Verordnungstext von Hessenwasser bei Bedarf bzw. nach Anforderung zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus ist bei älteren Schutzgebietsverordnungen (älter als 10 Jahre) das DVGW-Arbeitsblatt W101 „Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete“ heranzuziehen und insbesondere bei Verordnungen, die vor 1996 veröffentlicht wurden, zusätzlich die „Muster-Wasserschutzgebietsverordnung“ des Landes Hessen von 1996 als Orientierung zu berücksichtigen, da in diesen die Grundwasserschutzanforderungen nach neueren wissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen aus der Praxis angepasst sind.

Neben weiteren einschlägigen Rechtsgrundlagen und Regelwerkausführungen sind die „Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetrieben“ (Anlagenverordnung - VAWs) sowie die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“ (RiStWag) herauszustellen.

Bei der Ausführung ist durch bauliche und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass durch die Arbeiten, vor allem durch Geräte- und Maschineneinsatz, keine Verunreinigung des Bodens und damit in Folge des Grundwassers erfolgt. Es ist zu verhindern, dass wassergefährdende Stoffe in den Untergrund gelangen, sei es durch direkten Eintrag oder durch Auslaugung. Das heißt, auch die verwendeten Materialien müssen frei von grundwassergefährdenden auslaugbaren Stoffen sein. Durch ständige Kontrollen, Nachweise und Beachtung von Verarbeitungsrichtlinien ist das zu gewährleisten.

Die spezifischen Anforderungen zum Gewässerschutz müssen erfüllt und von der Planung bis zur Bauabnahme durch eine begleitende Überwachung und Dokumentation sichergestellt werden.

Im Regelfall sollte bei planfestgestellten oder plangenehmigten Maßnahmen abhängig vom Umfang der Bautätigkeit und dem Gefährdungspotential, insbesondere in den Zonen II und III / III A, seitens der Behörden festgelegt werden, dass zusätzlich zur örtlichen Bauüberwachung ein gesonderter unabhängiger und qualifizierter Sachverständiger für den Gewässerschutz mit klarer Abgrenzung zur Unterlagenprüfung und Bauüberwachung des Auftraggebers einzusetzen ist. Durch den Sachverständigen sind die Maßnahmen gutachterlich zu begleiten und zu überwachen sowie die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und Anforderungen aus den technischen Regeln nachzuweisen.

Die nachfolgend aufgeführten Anforderungen und Anweisungen sind entsprechend der Maßnahmen sinngemäß anzuwenden und ersetzen nicht einen gegebenenfalls notwendigen Antrag bei der zuständigen Fachbehörde und die damit verbundenen Auflagen.

Darüber hinaus können je nach Situation weitere spezielle Schutzmaßnahmen verlangt bzw. Sonderregelungen getroffen werden.

Der Ausführungstermin ist der Hessenwasser GmbH & Co. KG rechtzeitig über das Sekretariat der Wasserwirtschaft unter der Telefonnummer 069/25490-6001 oder per Fax 069/25490-7009 mitzuteilen.

Zusätzlich ist der Fachbereich Ressourcenschutz und Umweltsicherung zu informieren. Diesbezügliche Ansprechpartner sind Herr Jürgen Höning (Telefonnummer 069/25490-6201, Email: juergen.hoening@hessenwasser.de) und Herr Wolfgang Möller (Telefonnummer 069/25490-6204, Email: wolfgang.moeller@hessenwasser.de).

Bei Realisierung des Vorhabens sind unter Beachtung der gesetzlichen Grundlagen wie Verordnungen und der Regeln der Technik nachfolgende Anforderungen und Auflagen zur Vermeidung von Gefahren für das Grundwasser zu erfüllen.

Abstimmungen mit der zuständigen Genehmigungsbehörde sind für unausweichliche Abweichungen von den gestellten Anforderungen und gegebenenfalls das in Folge erforderliche Ergreifen von alternativen und zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen unerlässlich.

Anforderungen für Arbeiten in der Weiteren Schutzzone (Zone III):

- Grundwasserschädigende Stoffe, wie z. B. Treibstoffe und Materialien wie z. B. phenolhaltige Isolieranstriche, auslaugbare Betonzusatzstoffe oder Verfüllmaterialien etc. und sich schädlich auswirkende auslaugbare Baustoffe, dürfen nicht eingesetzt werden und in den Untergrund gelangen.
- Geräte und Maschinen sind arbeitstäglich vor Einsatz (nach längerer Arbeitsunterbrechung erneut) auf technisch einwandfreien Zustand (z. B. Dichtigkeit von Getriebe, Tank, Leitungen etc.) zu überprüfen. Die Zustandsprüfungen sind zu dokumentieren (Datum und Unterschrift).
- Geräte und Maschinen sind möglichst mit „biologisch schnell abbaubaren“ Hydraulikölen und Schmierstoffen (z. B. auf Polyglykol- oder Esterbasis; Abbau > 80 % in 20 Tagen) auszurüsten. In jedem Fall sind bei längerfristigen Einsätzen von Geräten und Maschinen Hydrauliköle und Schmiermittel zu verwenden, die die Wassergefährdungsklasse (WGK) 1 nicht überschreiten. Der Einsatz von Biodiesel ist Ziel führend und wird favorisiert.
- Ein Einsatz von Hydraulikölen, Schmierstoffen und Kraftstoffen, die die o. a. Anforderungen nicht erfüllen, ist in begründeten Fällen (schriftliche Begründung mit Nachweisen erforderlich!) nur nach Abstimmung mit dem Bauherrenvertreter bzw. der Genehmigungsbehörde möglich.

- Bei Einsätzen (auch kurzfristig) von Geräten und Maschinen, die die oben genannten Anforderungen nicht erfüllen, sind gesonderte Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Hierzu zählen wiederholende Zustandsüberprüfungen (mindestens jeweils vor einem Arbeitseinsatz) sowie das Einsetzen und Vorhalten von Auffangwannen direkt am Einsatzort. Die Zustandsprüfungen sind zu dokumentieren (Datum und Unterschrift).
- Es sind nur die Maschinen und Geräte an die Baustelle zu bringen, die unmittelbar zum Arbeiten notwendig sind.
- Sollte das Betanken im Wasserschutzgebiet vom Arbeitsablauf her unumgänglich sein, so darf dies nur auf flüssigkeitsdichten Unterlagen erfolgen.
- Treibstoffe, Öle, Fette etc. müssen so gelagert werden, dass es zu keinen Verunreinigungen kommen kann, z. B. sicher in überdachten Auffangwannen.
- In arbeitsfreien Zeiten z. B. nachts, an Wochenenden und Feiertagen, sind die Maschinen und Geräte auf wasserdichten Flächen abzustellen.
- Vorfälle oder Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen die eine grundwasserschädigende Auswirkung haben können sind sofort an die zuständige Behörde sowie der Hessenwasser GmbH & Co. KG zu melden. Für Hessenwasser gilt der „Notfallplan für Sofortmaßnahmen bei Bodenverunreinigungen mit wassergefährdenden Stoffen“.
- Für einen eventuellen Schadensfall (Bodenverunreinigung) ist notwendiges Material und Gerät zur Schadensminimierung (Blindmittel, Schaufel, Folie etc.) bereit zu halten. Bei entsprechenden Erdarbeiten muss ein Notfallcontainer zur Zwischenlagerung von verunreinigtem Material vorgehalten werden.
- Die durchgeführten Maßnahmen zur Schadensminimierung und -behebung sind zu protokollieren und zu dokumentieren (Datum, Unterschrift, Bilder etc.).
- Der Eingriff in die belebte Bodenzone ist so gering wie möglich zu halten.
- Bei baubegleitenden Maßnahmen darf die Grundwasserüberdeckung nicht dauerhaft vermindert werden. Nach Abschluss der Arbeiten ist der ursprüngliche Zustand wieder herzustellen.
- Kanäle und Schächte sind absolut dicht herzustellen.
- Die Dichtigkeitsprüfungen sind gemäß den jeweils gültigen Vorschriften durchzuführen und zu dokumentieren. Die Prüfungstermine sind der Hessenwasser GmbH & Co. KG zwecks Teilnahme mitzuteilen.

Bei Arbeiten in den Engeren Schutzzonen (Zonen II) und in Fassungsbereichen (Zonen I) ist zusätzlich zu beachten:

- In den Zonen II und I sind auch bei kurzfristigen Maschineneinsätzen die o. a. Anforderungen hinsichtlich Art der Betriebsstoffe insbesondere hinsichtlich des Einsatzes „biologisch schnell abbaubarer“ Hydrauliköle zu erfüllen.
- Es sind in jedem Fall wiederholende und zu dokumentierende Zustandsüberprüfungen (mindestens jeweils vor, während und am Ende eines Arbeitseinsatzes; Dokumentation mit Datum und Unterschrift) erforderlich und das Einsetzen und Vorhalten von Auffangwannen direkt am Einsatzort zu gewährleisten.
- Lagern von Baustoffen, Treibstoffen, Ölen, Fetten usw. sowie Erstellen von Baustelleneinrichtungen (z. B. Toiletten...) sind in den Zonen I und II vom Grundsatz her nicht akzeptabel.
- Das Betanken darf nur außerhalb der Zonen I und II und nur auf flüssigkeitsdichter Unterlage erfolgen. Sollte das Betanken in den Zonen I und II vom Arbeitsablauf her unumgänglich sein, so muss dies auf festen Flächen mit untergelegter flüssigkeitsundurchlässiger Folie - mit zu einer Wanne hochgezogenen Rändern - erfolgen. Die regelmäßige Kontrolle der Betankung ist zu dokumentieren (Datum, Unterschrift).

- In arbeitsfreien Zeiten z. B. nachts, an Wochenenden und Feiertagen, sind die Maschinen und Geräte außerhalb der Zone II auf wasserdichten, über Abscheider entwässerte Flächen abzustellen. Bei kurzfristiger Arbeitsunterbrechung muss das Gerät beaufsichtigt werden. Nicht umzusetzende Geräte sind in Auffangwannen, welche gegen Eintritt von Niederschlägen geschützt sind, abzustellen. Nicht umzusetzende Maschinen (Raupebagger etc.) sind auf einer - mit starker Folie und einer schützenden Kies-/Schotterschicht - versehenen Fläche abzustellen. In diese Fläche ist ein Gefälle mit Pumpensumpf an der tiefsten Stelle einzurichten. Der Pumpensumpf ist für den kurzzeitigen Einsatz einer Abwasserpumpe, z. B. mittels eines 1 m langen PE-HD Rohres mit ausreichendem Durchmesser, freizuhalten.
- Die Dichtigkeitsprüfungen an Kanälen haben über die Angaben in DIN EN 1610 hinaus mit 1 bar Prüfdruck zu erfolgen. Für den Bereich der Zone II sind wiederkehrende Prüfungen auf Dichtigkeit auch nach Inbetriebnahme mindestens in den festgelegten Zeitintervallen durchzuführen.

Begleitende Überwachung

Um den besonderen Anforderungen bei der Bauausführung in Wasserschutzgebieten Rechnung zu tragen, ist eine begleitende Überwachung und Dokumentation sicherzustellen.

Bei größeren Maßnahmen mit signifikantem Gefährdungspotenzial in Zonen I bis III A sind zusätzlich zur örtlichen Bauüberwachung ein gesonderter unabhängiger und qualifizierter Sachverständiger für den Gewässerschutz mit klarer Abgrenzung zur Unterlagenprüfung und Bauüberwachung des Auftraggebers einzusetzen. Derartige Festlegungen seitens der Behörden sind im Regelfall bei planfestgestellten oder plangenehmigten Maßnahmen abhängig vom Umfang der Bautätigkeit und dem Gefährdungspotential, insbesondere in den Zonen II und III / III A, zu erwarten.

Durch den Sachverständigen sind die Maßnahmen gutachterlich zu begleiten und zu überwachen sowie die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und Anforderungen aus den technischen Regeln nachzuweisen.

In Abstimmung mit der zuständigen Wasserbehörde kann im Ausnahmefall die Bauoberleitung des Baulastträgers entsprechende Leistungen mit erbringen.

Der Umfang der Überwachungsleistung umfasst die Prüfung der Umsetzung der Auflagen der Genehmigung in die Ausführungs- und Vergabeunterlagen sowie eine örtliche Überwachung:

- Prüfung der Ausführungsunterlagen auf Umsetzung der Planfeststellungsauflagen und Genehmigungsaufgaben sowie auf zusätzlich neu auftretende Berührungspunkte des Gewässerschutzes.
- Prüfung der Vergabeunterlagen bezüglich der Beschreibung der Arbeiten in Wasserschutzgebieten, deren Vollständigkeit und Verständlichkeit.
- Wertung von Nebengeboten bezüglich von Arbeiten in Wasserschutzgebieten.
- Ausführliche Information der Mitarbeiter der bauausführenden Firmen und der Bauoberleitung sowie ggf. des Bauherren über die zu berücksichtigenden Maßnahmen zum Grundwasserschutz unmittelbar vor Beginn der Baumaßnahme. Diese Information ist während der Bauausführung zu wiederholen, insbesondere bei Personalwechsel.
- Festlegung von Ansprechpartnern (Bauherr, Baufirma, Wasserversorgungsunternehmen, Behörden), deren Zuständigkeit (Weisungs- und Entscheidungsbefugnis) und deren Erreichbarkeit für kurzfristige Entscheidungen und für Notfälle wie z.B. Baustellenunfälle.

- Teilnahme an allen relevanten Baustellenbesprechungen.
- Durchführung unangekündigter Baustellenkontrollen zur Überwachung der Maßnahmen zum Gewässerschutz (entsprechend Planfeststellungsbeschluss, Bescheide, Schutzgebietsverordnung etc.).
- Prüfung der Baustellenprotokolle (z. B. Bautagebuch, Zustandskontrollen der Baumaschinen).

Die Überwachungstätigkeit ist in Form von Protokollen, ggf. ergänzt durch eine Fotodokumentation nachzuweisen und der zuständigen Wasserbehörde und der Hessenwasser zur Verfügung zu stellen.

Hessenwasser GmbH & Co. KG
Ressourcenschutz und Umweltsicherung

Anlage 3: **Email der Hessenwasser GmbH & Co. KG (Herr Höning) zum
Thema „Alternatives Versorgungskonzept“ vom 05.07.2018**

Von: Höning Heinz-Jürgen [<mailto:juergen.hoening@hessenwasser.de>]

Gesendet: Donnerstag, 5. Juli 2018 14:13

An: Turzinski, Cornelia

Cc: Coppola Franco; Duhr Elke; Staude Nicole; Klupp Walter; Mikat Hermann; Beier Meike; Allendorf Arnd

Betreff: AW: Bl. 1398: Alternatives Versorgungskonzept für den Fall, dass Abschaltung des Brunnen Hähnlein erforderlich ist

Sehr geehrte Frau Turzinski,

wie am 03.07.2018 telefonisch besprochen, befindet sich Herr Coppola zzt. im Urlaub. Daher geben wir Ihnen die abgestimmte Antwort auf Ihre Anfrage wie folgt:

Im Grundsatz kann bei Baumaßnahmen im Nahbereich von Brunnen eine mögliche Gefährdung des Grund- und Rohwassers nie ausgeschlossen werden.

Daher muss bei Maßnahmen in Trinkwassereinzugsgebieten immer die zuständige Wasserbehörde die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Grundwasserschadens (Havariefall, Unfall mit wassergefährdenden Stoffen) und das mögliche Schadensausmaß (hier Sicherstellung der Trinkwasserversorgungssicherheit) abschätzen und vor einer Entscheidung abwägen.

Entscheiden über den Antrag muss die zuständige Wasserbehörde.

Wir können Ihnen / der Westnetz daher keinen Freibrief erteilen sondern nur unsere Einschätzung zu Eignung von Schutzmaßnahmen zur Vermeidung eines Grundwasserschadens (Eintrittswahrscheinlichkeit) und die mögliche Konsequenzen für die Versorgungssicherheit (Schadensausmaß) mitteilen.

Bereits mit unserer Stellungnahme Q-SR/Hö vom 21.11.2017 haben wir / Hessenwasser GmbH&Co.KG Ihnen / Westnetz GmbH mitgeteilt, dass es aufgrund des räumlichen Abstandes zur geplanten Baumaßnahme aus unserer Sicht nicht notwendig ist, den Brunnen während der Arbeiten abzuschalten, wenn die Auflagen zum Schutze des Grundwasser eingehalten werden.

Weiterhin wurde mitgeteilt, dass, wenn eine Abschaltung bei einem Unfall an der Baustelle erforderlich werden würde, die Wasserversorgung nicht ohne weitere Maßnahmen gewährleistet werden könnte.

Um das zu vermeiden, ist seitens Westnetz vorgesehen, der Wasserbehörde mittels eines Konzepts zur Grundwasserreinhaltung während der Baumaßnahme am Mast 23 darzustellen, dass die Grundwasserversorgung nicht gefährdet ist.

Im vorliegenden Konzept der Westnetz wird ausgeführt: „Über die Auflistung der eingesetzten Stoffe (z. B. Beton und Betriebsmittel der herkömmlichen Baufahrzeuge) und die Bereithaltung z. B. von Aktivkohlefiltern für einen Havariefall sowie die Erläuterung von Maßnahmen, die in einem Schadensfall getroffen werden (z. B. Auskoffern von kontaminiertem Boden) würden wir darstellen, dass die Wasserversorgung nicht gefährdet wird. Die Dokumentation sollte durch Kontrollmessungen unseres Gutachters erfolgen.“

Hierzu können wir / Hessenwasser Ihnen / Westnetz mitteilen, dass

- im Bereich des Wasserwerkes Hähnlein keine Vorfeldmessstellen vorhanden sind, die von dem Gutachter während der Baumaßnahme und für den Zeitraum, in dem Kontaminationen durch die Einsatzstoffe möglich wäre, für Kontrollmessungen genutzt werden könnten.

- Überdies der Bau einer neuen Überwachungsmessstelle aufgrund der doch vermutlich relativ kurzen Bauzeit im kritischen Bereich und des kurzen Fließweges als nicht geeignet erscheint, um mögliche Einflüsse zu überwachen.
- Eine sorgfältige Einweisung und anschließende unabhängige Überwachung der Grundwasserschutzmaßnahmen und des Havariemanagements effizienter ist als eine mögliche Überwachung von Parameter an einer neu zu setzenden Messstelle, da mit einer Überwachung Schäden nicht verhindert werden, sondern lediglich retrospektiv und sehr zeitverzögert Auffälligkeiten erfasst werden können.

Seitens des Gewässerschutzes erscheinen die vorgesehen Schutzmaßnahme während der Bauausführung plausibel und damit das Risiko einer notwendigen Abschaltung eines Brunnen auf ein Minimum reduziert.

Unabhängig davon, muss auf jeden Fall eine Abstimmung des Zeitpunktes der Bauausführung mit Hessenwasser erfolgen, so dass die Bauarbeiten in Zeiten mit geringerem Bedarf gelegt werden können.

Nach Durchführung der Schutzmaßnahmen einschließlich einer unabhängigen Überwachung wird die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Grundwasserschadens als sehr gering angesehen.

Im Falle eines Unfalls an der Baustelle verbunden mit dem Austritt wassergefährdender Stoffe (Havariefall) kann allerdings temporär eine Abschaltung der Trinkwasserbrunnen notwendig werden.

Eine im Schadensfall erforderliche temporäre Außerbetriebnahme von Brunnen ist hinsichtlich der Sicherstellung der Wasserversorgung allerdings durchaus als problematisch anzusehen, da die Wasserversorgung dann nicht ohne weitere Maßnahmen gewährleistet werden kann.

Die Auswahl der erforderlichen Maßnahmen ist dann u.a. wiederum abhängig vom Zeitpunkt und der zeitlichen Dauer der Abschaltung.

Hierzu ist wiederum festzuhalten, dass eine Vollversorgung von Hähnlein über die Druckerhöhungsanlage (DE) Seeheim zu bestimmten Zeitpunkten und unter bestimmten Randbedingungen nicht möglich ist.

Für explizite Fragestellungen zur möglichen alternativen Versorgung ist weiterhin die Leitzentrale der Hessenwasser der Ansprechpartner.

Freundliche Grüße

Jürgen Höning
Gewässerschutz

HESSENWASSER GMBH & CO KG
BEREICH WASSERWIRTSCHAFT UND QUALITÄT / ABTEILUNG RESSOURCENSCHUTZ
TAUNUSSTRASSE 100
D-64521 GROSS-GERAU / DORNHEIM
FON: +49 (0)69 25490-6201
FAX: +49 (0)69 25490-7009
WWW.HESSENWASSER.DE

SITZ DER GESELLSCHAFT: GROSS-GERAU, AMTSGERICHT DARMSTADT, HRA 53394,
KOMPLEMENTÄRIN: HESSENWASSER VERWALTUNGS-GMBH
GESCHÄFTSFÜHRERIN: ELISABETH JREISAT
AUFSICHTSRATSVORSITZENDER: ANDREAS NIEDERMAIER

SITZ DER KOMPLEMENTÄRIN: GROSS-GERAU, AMTSGERICHT DARMSTADT, HRB 54935

Diese Mail und deren Anhänge können vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Jegliche Art der Verwendung, Vervielfältigung oder Weitergabe ist nicht gestattet.

Von: cornelia.turzinski@westnetz.de [<mailto:cornelia.turzinski@westnetz.de>]

Gesendet: Montag, 4. Juni 2018 14:13

An: Coppola Franco

Betreff: Bl. 1398: Alternatives Versorgungskonzept für den Fall, dass Abschaltung des Brunnen Hähnlein erforderlich ist

Sehr geehrter Herr Coppola,

leider konnte ich Sie in der letzten Woche und auch heute telefonisch nicht erreichen, um das weitere Vorgehen unsererseits mit Ihnen abzustimmen.

In unserem Hause haben wir überlegt, der Wasserbehörde mittels eines Konzept zur Grundwasserreinhaltung während der Baumaßnahmen am Mast Nr. 23 der Bl. 1398 darzustellen, dass die Grundwasserversorgung nicht gefährdet ist.

Über die Auflistung der eingesetzten Stoffe (z. B. Beton und Betriebsmittel der herkömmlichen Baufahrzeuge) und die Bereithaltung z. B. von Aktivkohlefiltern für einen Havariefall sowie die Erläuterung von Maßnahmen, die in einem Schadensfall getroffen werden (z. B. Auskoffern von kontaminiertem Boden) würden wir darstellen, dass die Wasserversorgung nicht gefährdet wird. Die Dokumentation sollte durch Kontrollmessungen unseres Gutachters erfolgen.

Gibt es im Bereich des Wasserwerkes Brunnen von Hessenwasser, die von unserem Gutachter - während der Baumaßnahme und für den Zeitraum, in dem eine Kontamination durch unsere Einsatzstoffe möglich wäre – für solche Kontrollmessung genutzt werden könnten?

Gerne würden wir das geplante Konzept mit Ihnen diskutieren.
Für Ihre Rückmeldung danke ich im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Cornelia Turzinski

Westnetz GmbH
Spezialservice Strom
Genehmigungen
Florianstr. 15-21, 44139 Dortmund
T intern 711-2237
T extern +49 231 438-2237
cornelia.turzinski@westnetz.de

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Joachim Schneider
Geschäftsführung: Dr. Jürgen Gröner, Arno Hahn, Dr. Stefan Küppers, Dr. Achim Schröder

Sitz der Gesellschaft: Dortmund
Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr. HR B 25719
USt.-IdNr. DE 8137 98 535

Der Inhalt dieser E-Mail ist nur in Verbindung mit einer schriftlichen Bestätigung rechtsverbindlich!

Anlage 4: Schreiben der Hessenwasser GmbH & Co. KG vom
21.11.2017 zum geplanten Maststandort Nr. 23 (Bl. 1398) –
(Az. Q-SR/Hö)



HESSENWASSER GMBH & CO. KG - TAUNUSSTRASSE 100 - 64521 GROSS-GERAU

Westnetz GmbH
Frau Cornelia Turzinski
Florianstraße 15-21
44139 Dortmund



NAME: Jürgen Hönig
TELEFON: +49 (0)69 25490-6201
TELEFAX: +49 (0)69 25490-7009
E-MAIL: juergen.hoenig@hessenwasser.de

IHR ZEICHEN:
IHRE NACHRICHT: 27.10.2017
UNSER ZEICHEN: Q-SR/Hö
UNSERE NACHRICHT:

DATUM: 21.11.2017



Geplanter Maststandort Nr. 23 Hähnlein

Sehr geehrte Frau Turzinski,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrer Email vom 27.10.2017 stellten Sie zwei Fragen zu dem in der Nähe des geplanten Maststandortes Nr. 23 befindlichen Brunnens 1 unseres Wasserwerkes Hähnlein.

Wir teilen Ihnen dazu folgendes mit:

Zu Frage 1: Genaue Lage des Brunnens?

Brunnen 1: Rechtswert: 3470826
Hochwert: 5511113

Brunnen 2: Rechtswert: 3470769
Hochwert: 5511060

Zu Frage 2: Kann eine Wasserversorgung durch Hessenwasser gewährleistet werden, wenn der Brunnen 1 während der Baumaßnahme außer Betrieb genommen würde, d. h. ist eine Abschaltung des Brunnens während unserer Baumaßnahme grundsätzlich möglich?

Aufgrund des räumlichen Abstandes zur geplanten Baumaßnahme ist es aus unserer Sicht nicht notwendig den Brunnen während der Arbeiten abzuschalten, wenn die Auflagen zum Schutz des Grundwassers eingehalten werden.

Sollte eine Abschaltung bei einem Unfall an der Baustelle erforderlich werden, könnte die Wasserversorgung nicht ohne weitere Maßnahmen gewährleistet werden.

Zusätzlich erhalten Sie die nachfolgenden Informationen zur weiteren Verwendung:

HESSENWASSER GMBH & CO. KG
SITZ DER GESELLSCHAFT:
GROSS-GERAU
AMTSGERICHT DARMSTADT
HRA 63394

KOMPLEMENTÄRIN:
HESSENWASSER VERWALTUNGS-GMBH
GESCHÄFTSFÜHRERIN:
ELISABETH JREISAT
AUFSICHTSRATSVORSITZENDER:
ANDREAS NIEDERMAIER

SITZ DER KOMPLEMENTÄRIN:
GROSS-GERAU
AMTSGERICHT DARMSTADT
HRB 54035

TELEFON: +49 (0)69 25490-0
TELEFAX: +49 (0)69 25490-1000
INFO@HESSENWASSER.DE
WWW.HESSENWASSER.DE
USt.-ID.-NR. DE 231 962 950

KREISSPARKASSE GROSS-GERAU
KONTO: 9084
BLZ: 500 525 55
IBAN: DE16 5065 2563 0000 0060 84
BIC: HELADEF1333

I. Betroffenheit „Wasserschutzgebiet“

Der geplante Maststandort Nr. 23 befindet sich im Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes Hähnlein der Hessenwasser GmbH & Co. KG in der Engeren Schutzzone (Zone II) der Brunnen 1 + 2.

Aus Gründen des Grundwasserschutzes sind alle einschlägigen Verordnungen, Erlasse, Richtlinien und Vorgaben des technischen Regelwerkes in der jeweilig gültigen Fassung zu beachten und einzuhalten.

Wir weisen insbesondere auf die „... Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen ... Hähnlein...“ vom 15.05.1974 (StAnz. 24/1974 S. 1101) hin.

Darüber hinaus, speziell bei Verordnungen die vor 1996 veröffentlicht wurden, ist das DVGW-Arbeitsblatt W101 „Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete“ heranzuziehen und zusätzlich die „Muster-Wasserschutzgebietsverordnung“ des Landes Hessen von 1996 als Orientierung zu berücksichtigen, da in diesen die Grundwasserschutzanforderungen nach neueren wissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen aus der Praxis angepasst sind.

Außerdem sind bei Baumaßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes die jeweils aktuellen „Anforderungen zum Gewässerschutz für Arbeiten in Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen der Hessenwasser GmbH & Co. KG“ relevant (Anlage: „Anforderungen zum ... Stand 01/16“).

II. Betroffenheit „Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung“

Im Bereich der geplanten Maßnahmen befinden sich mehrere Rohrleitungen DN 150, eine Schmutzwasserleitung DN 300 sowie mehrere Kabel, ein Versickerungsbecken und das Wasserwerk Hähnlein der Hessenwasser GmbH & Co. KG. Den Verlauf der Leitungen und Anlagen entnehmen Sie bitte den beigefügten Planunterlagen.

Alle Planangaben sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitung und in deren Bereich befindlichen Steuerkabel muss vor Ort festgestellt werden. Nach DVGW-Regelwerk befindet sich die Rohrleitung in einem Schutzstreifen von 3 m beidseitig der Rohrachse. Diese Schutzstreifen dienen zur Sicherung der Rohrleitungen vor Beschädigung und zur Erhaltung der Zugänglichkeit. Innerhalb des Schutzstreifens sind Überbauungen nicht zulässig, sowie bei der Verlegung von Kabeln und Leitungen Schutzabstände zu beachten. Weiterhin darf der Schutzstreifen nicht mit Bäumen oder tief wurzelnden Sträuchern bepflanzt werden. Sämtliche Arbeiten sind nur mit Zustimmung des Leitungsbetreibers erlaubt.

Um mögliche Konfliktpunkte klären zu können und die Unversehrtheit der Leitungen zu garantieren, bitten wir Sie im Verlauf des Projektes um rechtzeitige Rücksprache.

Ihr zuständiger Ansprechpartner im Bereich Rohrleitungstechnik ist:

Herr Lukas Tel.: 069 / 25490-7213 mobil: 0160 / 90506502

Zusätzlich erhalten Sie von uns unsere „Anweisung zum Schutz unterirdischer Versorgungsleitungen, Armaturen, Steuerkabel und Trinkwasserschutzgebiete der Hessenwasser GmbH & Co. KG“ mit der Bitte um Beachtung. Um den Erhalt der Planauskunft zu bestätigen, faxen Sie bitte das entsprechende Blatt der Anweisung unterschrieben an uns zurück.

III. Betroffenheit „Mögliche Gefährdung von Grundwassermessstellen“

In der Nähe der geplanten Baumaßnahme befinden sich Grundwassermessstellen (GWM) der Hessenwasser bzw. des WHR, vgl. beiliegende Plandarstellung. Das Vorhandensein weiterer GWM anderer Betreiber (insbes. des HLNUG) kann im Bearbeitungsgebiet grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Sofern GWM anderer Betreiber dargestellt sind, kann für die dargestellte Position grundsätzlich keine Gewähr übernommen werden.

Wir weisen darauf hin, dass GWM, die durch die Arbeiten oder Nebentätigkeiten wie der Materialanlieferung und/oder -lagerung im Zuge der Baumaßnahme beschädigt werden könnten, zu schützen sind. Im Falle einer Beschädigung ist die Hessenwasser GmbH & Co. KG unverzüglich zu informieren und der entstandene Schaden durch den Verursacher zu ersetzen. Falls Grundwassermessstellen entfernt werden müssen oder so stark beschädigt werden, dass eine Wiederherstellung nicht mehr möglich ist, sind diese nach Absprache mit der Hessenwasser fachgerecht nach Formblatt W 135 DVGW rückzubauen und an anderer, mit Hessenwasser abzustimmender Stelle neu zu errichten.

Die aktuellen technischen Richtlinien (insbes. der nach DIN bzw. DVGW) sind hierbei zwingend einzuhalten. Sämtliche für den Rückbau und die Neuerrichtung der GWM anfallenden Kosten, einschließlich evtl. anfallender Nebenkosten wie Vermessungsdienstleistungen, Grundbucheintragungen, Planungsleistungen etc., sind durch den Verursacher zu tragen.

Ansprechpartner bezüglich der GWM sind:

Herr Pohl: Tel.: 069 / 25490-6305

und

Herr Baczyk: Tel.: 069 / 25490-6306 mobil: 0160 / 3648504

IV. Betroffenheit „Grundstücksangelegenheiten, Leitungs- und Anlagenrechte“

Hessenwasser hat im Bereich der geplanten Maßnahme Leitungs- und Anlagenrechte in der **Gem. Alsbach, Flur 5 und 7**, die zu beachten sind und die nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Darüber hinaus ist Hessenwasser eigentumsrechtlich bezüglich der im Plan gekennzeichneten Flächen in der **Gem. Alsbach, Flur 7, Flurstück 150** betroffen.

Ihre diesbezüglichen Ansprechpartner sind:

Frau Landau: Tel.: 069 / 25490-2205 (Anlagenrechte)

und

Herr Dionysius: Tel.: 069 / 25490-2337 (Grundstücke Hessenwasser)

Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Hessenwasser GmbH & Co. KG



Anlagen



Jürgen Höning

Anforderungen zum ..., Stand 01/16

1 Plan 1:1.000, 1 Plan 1:1.000 Schmutzwasserleitung, 1 Plan 1:5.000

Anweisung

1 Plan GWM

Anlage 5: Wasserschutzgebietsverordnungen der Wasserschutzgebiete Hähnlein und Allmendfeld



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y6432A

1972

Montag, den 6. November 1972

Nr. 45

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —

Wechsel in der Leitung des Argentinischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main; hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Carlos Bastanchuri 1881

Umwandlung des Wahlkonsulats der Republik Obervolta in München in ein Wahlgeneralkonsulat; hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Walter Heubl 1881

Der Hessische Minister des Innern

Umfang der Schadenersatzansprüche des Arbeitgebers bei Weiterzahlung der Bezüge an Arbeitnehmer, die infolge eines von einem Dritten verursachten Unfalls arbeitsunfähig geworden sind (§ 38 BAT und § 43 MTL II); hier: Anteilige Urlaubsvergütung 1882

Reisekostenvergütung; hier: Mitglieder der Wahlvorstände für Wahlen der Personalvertretungen nach dem HPVG 1882

Ausführung des Gräbergesetzes vom 1. 7. 1965 (BGBl. I S. 589); hier: Beachtung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften bei Führung der Gräberlisten 1882

Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiete des Paßwesens in der Gemeinde Künzell, Landkreis Fulda 1882

Ausländisches Ehe- und Familienrecht; hier: Familienname des Kindes nach ausländischem Recht 1883

Benennung von Gemeindeteilen 1885

Der Hessische Minister der Finanzen

Anweisung über die Verwendung von Gebührenmarken bei der Erhebung von Verwaltungsgebühren (Gebührenmarken-Anweisung) 1885

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Prüfungsordnung für Zwischenprüfungen nach § 42 BBiG in den Ausbildungsberufen Kulturbautechniker, Landkartentechniker, Straßenbautechniker, Straßenwärter und Vermessungstechniker 1885

Aufstufung einer Gemeindestraße zur Teilstrecke der Kreisstraße 157 a und Abstufung einer Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 157 a zur Gemeindestraße in der Ortslage der Gemeinde Fernwald, Ortsteil Annerod, Landkreis Gießen 1886

Widmung einer Neubaustrecke im Zuge der Landesstraße 3254 und Abstufung bzw. Einziehung einer Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3254 in der Gemarkung Rohrbach (Ortsteil der Gemeinde Ludwigsau), Landkreis Hersfeld-Rotenburg 1887

Der Hessische Sozialminister

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen 1887

Staatliche Anerkennung, Ausbildung und Prüfung von Altenpflegern 1888

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Änderung der Landesgrenze Hessen gegen Bayern im Zuge der Flurbereinigungsverfahren Mainflingen (Hessen) und Stockstadt II (Bayern) 1892

Geschäftsordnung der Hessischen Ämter für Landeskultur 1893

Flurbereinigung Groß-Rohrheim, Kreis Bergstraße 1893

Flurbereinigung Rückershausen, Kreis Ziegenhain 1893

Der Landeswahlleiter für Hessen

Nachfolge für die Abgeordnete des Hessischen Landtags, Dr. Vera Rüdiger (SPD) 1894

Personalnachrichten

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1894

Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 1894

Im Bereich des Hessischen Sozialministers 1894

Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt 1895

Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Jagdausübung auf Stein- und Baummarder während der Monate November 1972, Februar und November 1973 und Februar 1974 1895

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt am Main 1896

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt am Main 1896

Vorhaben der Firma Glanzstoff AG — Werk Kelsterbach 1896

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Höchst 1896

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Delkenheim, Main-Taunus-Kreis 1896

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Radheim, Landkreis Dieburg 1899

Verordnung zum Schutze des „Wasserwerkes Allmendfeld“ des Wasserverbandes „Gruppenwasserwerk Ried“ 1901

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Reichelsheim — Ortsteil Gumpen —, Odenwald-Kreis 1905

KASSEL

Auflösung der Sterbekasse Sandershausen 1907

Buchbesprechungen

Öffentlicher Anzeiger 1907

Satzung des Wasserverbandes Losse

Enteignungsverfahren zur Entziehung von Grundeigentum in der Gemarkung Oberscheid, Ellkr. Kreis, zugunsten des Landes Hessen — Ausbau der Ortsdurchfahrt Oberscheid im Zuge der Landesstraße 3042 —; hier: Termin zur Verhandlung über den Antrag auf Feststellung der Entschädigung und Vollziehung der Enteignung 1918

Enteignungsverfahren zur Beschränkung von Grundeigentum in der Gemarkung Flörsheim a. M., Main-Taunus-Kreis, zugunsten der Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen/Ruhr, wegen des Baues und Betriebs einer Erdgashochdruckleitung von Flörsheim a. M. nach Frankfurt a. M.-Höchst 1918

Enteignungsverfahren nach dem Bundesfernstraßengesetz in der Gemarkung Frankfurt a. M.-Rodelheim zugunsten der Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung —; Bau der Stadt tangente in Frankfurt a. M.; hier: Termin zur Verhandlung über den Antrag auf Feststellung der Entschädigung und Vollziehung der Enteignung 1919

Seite 1881

1348

Der Hessische Ministerpräsident

Wechsel in der Leitung des Argentinischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main;

hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Carlos Bastanchuri

Die Bundesregierung hat dem zum Argentinischen Generalkonsul in Frankfurt am Main ernannten Herrn Carlos Bastanchuri am 5. Oktober 1972 das Exequatur erteilt. Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Eduardo Alberto Pellegrini, am 26. 8. 1971 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 19. 10. 1972

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

I A 1 — 2 e 10/03

StAnz. 45/1972 S. 1881

1349

Umwandlung des Wahlkonsulats der Republik Obervolta in München in ein Wahlgeneralkonsulat;

hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Walter Heubl

Die Bundesregierung hat dem zum Wahlgeneralkonsul der Republik Obervolta in München ernannten Herrn Walter Heubl am 6. Oktober 1972 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Wahlgeneralkonsulats umfaßt den Freistaat Bayern sowie die Bundesländer Hessen und Saarland.

Wiesbaden, 18. 10. 1972

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

I A 1 — 2 e 10/07

StAnz. 45/1972 S. 1881

- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Landkreises Dieburg als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat — 61 Darmstadt, Rheinstraße 62
2. dem Landrat des Landkreises Dieburg — Untere Wasserbehörde — 611 Dieburg, Schloßhof
3. dem Kreisausschuß des Landkreises Dieburg — Bauaufsichtsbehörde — 611 Dieburg
4. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9
5. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 61 Darmstadt, Neckarstraße 4
6. dem Katasteramt Dieburg, 611 Dieburg
7. der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Radheim, 6111 Radheim

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 2. 10. 1972

Der Regierungspräsident

V/14 — 79 e 04/01 (3668) — R
i. V. gez. B a c h

StAnz. 45/1972 S. 1899

1375

Verordnung zum Schutze des „Wasserwerkes Allmendfeld“ des Wasserverbandes „Gruppenwasserwerk Ried“

Auf Antrag und zugunsten des Wasserverbandes „Gruppenwasserwerk Ried“, Sitz Dornheim, wird hiernach nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 89), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für das „Wasserwerk Allmendfeld“ ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für das „Wasserwerk Allmendfeld“, das sich auf Teile der Gemarkungen Crumstadt, Allmendfeld, Gernsheim, Klein-Rohrheim, Landkreis Groß-Gerau, Hahn, Pfungstadt, Bickenbach, Hähnlein, Malchen, Seeheim, Jugenheim, Balkhausen, Alsbach/Landkreis Darmstadt, Hochstädten, Bensheim-Auerbach, Zwingenberg, Rodau, Schwanheim, Langwaden, Groß-Rohrheim/Kreis Bergstraße und auf Teile der Stadt Darmstadt erstreckt, wird in 4 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zonen I (Fassungsbereiche),
Zonen II (engere Schutzzonen),
Zone III A (weitere Schutzzone, innerer Bereich),
Zone III B (weitere Schutzzone, äußerer Bereich).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtspläne i. M. 1 : 25 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 2000), in denen diese 4 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zonen I (Fassungsbereiche = rote Umrandung),
Zonen II (engere Schutzzone = grüne Umrandung),
Zone III A (weitere Schutzzone = gelbe Umrandung),
Zone III B (weitere Schutzzone = braune Umrandung)

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereiche

- a) Fassungsbereich für den Brunnen 1
Der Fassungsbereich des Brunnens 1 umfaßt das Flurstück Flur 31 Nr. 2/4 der Gemarkung Gernsheim.
- b) Fassungsbereich für den Brunnen 2
Der Fassungsbereich des Brunnens 2 umfaßt das Flurstück Flur 34 Nr. 2/6 der Gemarkung Gernsheim.
- c) Fassungsbereich für den Brunnen 3
Der Fassungsbereich des Brunnens 3 umfaßt das Flurstück Flur 34 Nr. 2/5 der Gemarkung Gernsheim.
- d) Fassungsbereich für den Brunnen 4
Der Fassungsbereich des Brunnens 4 umfaßt das Flurstück Flur 34 Nr. 1/4 der Gemarkung Gernsheim.
- e) Fassungsbereich für den Brunnen 5
Der Fassungsbereich des Brunnens 5 umfaßt das Flurstück Flur 20 Nr. 2/3 der Gemarkung Gernsheim.
- f) Fassungsbereich für den Brunnen 6
Der Fassungsbereich des Brunnens 6 umfaßt das Flurstück Flur 35 Nr. 2/3 der Gemarkung Gernsheim.
- g) Fassungsbereich für den Brunnen 7
Der Fassungsbereich des Brunnens 7 umfaßt das Flurstück Flur 20 Nr. 22/2 der Gemarkung Allmendfeld.
- h) Fassungsbereich für den Brunnen 8
Der Fassungsbereich des Brunnens 8 umfaßt das Flurstück Flur 21 Nr. 11/2 der Gemarkung Allmendfeld.
- i) Fassungsbereich für den Brunnen 9
Der Fassungsbereich des Brunnens 9 umfaßt das Flurstück Flur 21 Nr. 12/2 der Gemarkung Allmendfeld.
- j) Fassungsbereich für den Brunnen 10
Der Fassungsbereich des Brunnens 10 umfaßt das Flurstück Flur 16 Nr. 6/2 der Gemarkung Allmendfeld.
- k) Fassungsbereich für den Brunnen 11
Der Fassungsbereich des Brunnens 11 umfaßt das Flurstück Flur 16 Nr. 15/2 der Gemarkung Allmendfeld.
- l) Fassungsbereich für den Brunnen 12
Der Fassungsbereich des Brunnens 12 umfaßt das Flurstück 16 Nr. 23/2 der Gemarkung Allmendfeld.
- m) Fassungsbereich für den Brunnen 13
Der Fassungsbereich des Brunnens 13 umfaßt das Flurstück Flur 2 Nr. 9/1 der Gemarkung Allmendfeld.
- n) Fassungsbereich für den Brunnen 14
Der Fassungsbereich des Brunnens 14 umfaßt das Flurstück Flur 14 Nr. 11/1 der Gemarkung Allmendfeld.
- o) Fassungsbereich für den Brunnen 15
Der Fassungsbereich des Brunnens 15 umfaßt das Flurstück Flur 14 Nr. 10/7 der Gemarkung Allmendfeld.

II. Engere Schutzzonen

a) Engere Schutzzone für die Brunnen 1—4

Die engere Schutzzone der Brunnen 1—4 erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Gernsheim: Flur 22, Flurstücke Nrn. 2/2 teilweise, 2/3 teilweise (Venulethschneise) und 2/4 teilweise, die im Nordosten begrenzt werden durch die Innenseite der Heckenseelachschneise Flur 31, Flurstücke Nrn. 2/5 teilweise (im SO bis zur Lippeschneise), 2/3 (Venulethschneise)

Flur 34, Flurstücke Nrn. 1/2, 1/5, 2/2, 2/4, 1/3 und 2/3 (Venuethschneise)

b) Engere Schutzzone für die Brunnen 5—9

Die engere Schutzzone der Brunnen 5—9 erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Allmendfeld und Gernsheim:

Gemarkung Allmendfeld

Flur 3, Flurstücke Nrn. 11/1 teilweise und 19 tw. (jeweils westl. Teil, im O begrenzt durch eine Parallele im Abstand von 110 m zur O-Grenze dieses Grundstücks)

Weg Nr. 23 tw. (im N bis zur N-Seite des Flurstücks 11/1)
Flur 4, Flurstücke Nrn. 7, 15 tw. (im SW begrenzt durch die verlängerte SW-Seite des Flurstücks Nr. 7)

Flur 20, Flurstücke Nrn. 8—13, 22/1, 23, 42, 44/1

Wege Nrn. 52, 48 und 50 tw. (im O bis zur O-Seite des Flurstücks Nr. 23), 53, 55, 58 tw. (im O bis zur O-Seite des Flurstücks Nr. 42)

Graben Nr. 57 tw. (im O bis zur O-Seite des Flurstücks Nr. 42)

Flur 21, Flurstücke Nrn. 1/1, 1/2, 2—6, 9/1, 10/1, 11/3, 12/3, 40—43, 44/1, 7/1 und 8/1 tw. (im SW begrenzt durch die verlängerte NO-Seite des Flurstücks Nr. 50 in SO-Richtung)

Wege Nrn. 7/2, 8/2, 9/2, 10/2, 11/4, 12/4, 46, 47, 46/1, 46/2, 49 tw. (im W bis zur NO-Seite von Weg Nr. 50), 54, 55/1 und 56/1 tw. (im NW bis zur NW-Seite des Flurstücks Nr. 40)

Gräben Nrn. 61, 62 und 60 tw. (im NW begrenzt durch die verlängerte Nordwestgrenze des Flurstücks Nr. 40)

Gemarkung Gernsheim

Flur 19, Flurstück Nr. 1/7 tw. (im NW begrenzt durch eine Parallele im Abstand von 175 m zur Rodenfeldschneise und im SW begrenzt durch die Schindangerschneise)

Weg Nr. 1/6 tw. (Rodenfeldschneise) (im SW bis zur Schindangerschneise)

Flur 20, Flurstücke Nrn. 2/1 und 1/2 tw. (im SO begrenzt durch eine Parallele im Abstand von 160 m zur NW-Seite dieser Flurstücke, Flurstück Nr. 1/2 wird im SW durch die Schindangerschneise begrenzt)

Wege Nrn. 2/2 und 1/3 tw. (im SW bis zur Schindangerschneise)

Flur 35, Flurstück Nr. 2/4 tw. (im O begrenzt durch eine Gerade vom südöstl. Eckpunkt des Flurstücks Flur 20 Nr. 42 der Gemarkung Allmendfeld zur Flurgrenze Fluren 20 und 35 in einer Entfernung von 100 m vom südlichsten Eckpunkt des Flurstücks Flur 35 Nr. 213)

c) Engere Schutzzone für die Brunnen 10—13

Die engere Schutzzone der Brunnen 10—13 erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Allmendfeld:

Flur 2, Flurstück Nr. 9/3 tw. (im W begrenzt durch eine Senkrechte, die im Abstand von 125 m vom nordöstlichen Eckpunkt dieses Flurstücks in SSO-Richtung verläuft)

Wege Nrn. 9/4 und 12 tw. (im N bis zur N-Grenze des Flurstücks Nr. 9/4)

Graben Nr. 14 tw. (Fanggraben) (im N bis zur N-Grenze des Flurstücks Nr. 9/4)

Flur 3, Flurstück Nr. 1/2 tw. (im W begrenzt durch eine Senkrechte, die im Abstand von 140 m vom nordöstlichen Eckpunkt dieses Flurstücks in SSO-Richtung zum Polygonpunkt 204 verläuft)

Wege Nrn. 1/1, 21 und 17 tw. (im W bis zur obengenannten Senkrechten)

Graben Nr. 22 (Fanggraben)

Flur 15, Flurstücke Nrn. 3 und 7

Wege Nrn. 19 tw. (Teil zwischen N-Seite des Flurstücks Nr. 22 und S-Grenze des Flurstücks Nr. 7), 20 tw., 21 tw. und 22 tw. (jeweils bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 3)

Gräben Nrn. 39 tw. (im O bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 3) und 44

Flur 16, Flurstücke Nrn. 1/1, 2/1, 3/1, 4, 5, 6/3, 7/1, 8, 9, 10/1, 11/1, 12, 13, 14/1, 15/3, 16, 17, 18/1, 19/1, 20, 21, 22/1, 23/3, 24, 25, 26/1, 27/1, 28, 29/1, 29/2, 29/4, 30/1, 31—37

Wege Nrn. 1/2, 2/2, 3/2, 6/4, 7/2, 10/2, 11/2, 14/2, 15/4, 18/2, 19/2, 22/2, 23/4, 26/2, 27/2, 30/2, 29/5, 43, 46 und 47

Gräben Nr. 49 und 50 (Fanggraben)

d) Engere Schutzzone für den Brunnen 14

Die engere Schutzzone des Brunnens 14 erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkungen Hahn, Pfungstadt und Allmendfeld:

Gemarkung Hahn

Flur 3, Flurstücke Nrn. 63, 64, 65/1, 65/2, 66—72

Wege Nrn. 164 tw. (im O bis zum Weg Nr. 163), 165 tw. (im N bis zur N-Grenze des Flurstücks Nr. 72)

Graben Nr. 181 tw. (Landgraben) (im N bis zur verlängerten N-Grenze des Flurstücks Nr. 72)

Gemarkung Pfungstadt

Flur 25, Flurstücke Nrn. 37/1, 37/2, 38—42

Wege Nrn. 92, 99 tw. (im O bis zum Polygonpunkt 1881), 102 tw. (im O bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 42)

Graben Nr. 113 (Rotgraben) tw. (im O bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 37/1)

Gemarkung Allmendfeld

Flur 2, Flurstücke Nrn. 6/1 tw. und 7/1 tw. (jeweils im SW begrenzt durch eine Gerade 150 m östl. der O-Seite des Weges Nr. 11/1, beginnend im SO, auf eine Länge von 240 m, wobei sie die Grenze der Flurstücke Nrn. 6/1 und 7/1 in einer Entfernung von 170 m östl. des Weges Nr. 11/1 schneidet; das Flurstück Nr. 7/1 außerdem im SO begrenzt durch eine Parallele zur Flurstücksgrenze der Flurstücke Nrn. 6/1 und 7/1 in einer Entfernung von 70 m)

Wege Nrn. 6/2, 7/2 tw. und 12 tw. (jeweils im SO bis zur nach W verlängerten Gemarkungsgrenze Allmendfeld-Pfungstadt; das Flurstück Nr. 12 außerdem im SO von der verlängerten Gemarkungsgrenze Allmendfeld-Pfungstadt bis zur oben beschriebenen W-Grenze des Flurstücks Nr. 6/1), 13 TW, 6BIS ZUR OBEN BEN W-Grenze des Flurstücks Nr. 6/1)

Graben Nr. 14 (Fanggraben) tw. (wie Weg Nr. 12)

Flur 14, Flurstück Nr. 11/2 tw. (im NW begrenzt durch eine Parallele zum Weg Nr. 17 im Abstand von 120 m und im N begrenzt durch eine Parallele zur Flurgrenze der Fluren 14 und 13 im Abstand von 130 m)

e) Engere Schutzzone für den Brunnen 15

Die engere Schutzzone des Brunnens 15 wird gebildet auf folgenden Flurstücken der Fluren 13 und 14 der Gemarkung Allmendfeld:

Flur 13, Flurstücke Nrn. 1 tw. und 3 tw. (jeweils im NO begrenzt durch eine Gerade von 300 m im Abstand von 95 m von der Flurgrenze der Fluren 13 und 14 im O und 170 m im W; das Flurstück Nr. 1 außerdem im W begrenzt durch eine Parallele im Abstand von 180 m zum Weg Nr. 7)

Weg Nr. 7 tw. (im NO durch die oben beschriebene Gerade begrenzt)

Flur 14, Flurstücke Nrn. 10/6 tw. und 11/2 tw. (jeweils im SW begrenzt durch eine Parallele zur Flurgrenze der Fluren 13 und 14 im Abstand von 185 m; das Flurstück Nr. 10/6 außerdem im NW durch eine Parallele zum Weg Nr. 17 im Abstand von 180 m)

Wege Nrn. 16 tw. (auf eine Länge von 180 m vom Weg Nr. 17 aus), 17 tw. und 10/8 tw. (jeweils im SW bis zur oben beschriebenen südwestl. Abgrenzung der Flurstücke Nrn. 10/6 und 11/2)

Graben Nr. 23 tw. (wie Weg Nr. 16)

III. Weitere Schutzzone A (Zone III A)

Die weitere Schutzzone A erstreckt sich auf folgende Flurstücke:

Gemarkung Hahn

Flur 1, Flurstücke Nrn. 137, 138, 139 1, 139 2, 140—142, 186—188, 189/1—189/3, 190, 191, 192/1, 192/2, 193—197, 199/1, 200—202, 203/1, 203/2, 204—217, 218/1, 218/2, 219, 220/1, 220/2, 221—231, 437, 438, 440/3, 440/4, 442, 444—447, 448/1, 449/1, 450 1, 450 2, 451/2 bis 451/10, 453—459, 461—465, 467—482, 483/3—483/5, 483/8—483/11, Wege Nrn. 485, (B 428), 503, 504, 505, 506, 507, 508, 525, 526, 527/1, 528/4, 529, 530/1, 488/3 tw. (bis zum Weg Nr. 86/1), 511/2 tw. (bis zum Weg Nr. 528),

Gräben Nrn. 534/1, 534/2, 540, 541, 542

Flur 2, Die gesamte Flur mit Ausnahme des Teils nordöstl. des Weges Nr. 86/1 und in Verlängerung dieses Weges bis zur Gemarkungsgrenze Hahn-Pfungstadt.

Flur 3. Die gesamte Flur mit Ausnahme der Zone II des Brun-
nens 14.

Flur 4. Die gesamte Flur.

Flur 5. Die gesamte Flur.

Gemarkung Crumstadt

Flur 10. Der südliche Teil bis zur Südseite des Weges Nr. 126.

Der 12. Der südliche Teil bis zur Südseite des Weges Nr. 109.

Flur 13. Die gesamte Flur.

Flur 15. Die gesamte Flur.

Flur 16. Der östliche Teil im Westen begrenzt durch die West-
seite der LHO (Flurstück Nr. 202).

Flur 17. Der südliche Teil im Norden begrenzt durch die Süd-
seite des Weges Nr. 146.

Gemarkung Allmendfeld

Flur 1. Die gesamte Flur.

Flur 2. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zonen.

Flur 3. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 4. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 5. Flurstücke Nrn. 1—4, 5/2, 5/3, 6/1, 6/2, 7, 8/1, 10/1, 13/2,
13/3, 13/4, 14, 16, 17/4, 17/5, 18/1, 20/1, 21/1, 22/1,

Wege Nrn. 26, 27, 28/1, 28/2, 31, 30/1 tw. (im NW bis zur NW-
Grenze des Flurstücks Nr. 22/1)

Graben Nr. 33 (Fanggraben).

Flur 9. Flurstücke Nrn. 11—16, 21, 22

Wege Nrn. 29 und 31.

Flur 10. Flurstücke Nrn. 9—11, 12/1, 12/2, 13—16

Wege Nrn. 24, 25, 26.

Flur 11. Die gesamte Flur.

Flur 12. Die gesamte Flur.

Flur 13. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 14. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 15. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 16. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 17. Die gesamte Flur.

Flur 18. Die gesamte Flur.

Flur 19. Die gesamte Flur.

Flur 20. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 21. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Gemarkung Pfungstadt

Flur 15. Flurstücke Nrn. 9—11, 12/1, 12/2, 13, 20—28

Wege Nrn. 134 und 135

Gräben Nrn. 136, 137/1, 137/2.

Flur 22. Flurstücke Nrn. 94/1, 94/2, 95, 96/1, 96/2, 97—120, 121/1,
121/2, 121/3, 122—152

Wege Nrn. 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 179, 161 tw. (im O
bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 138)

Gräben Nrn. 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 170,
171 tw. (im O bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 138) und
161 tw. (im O bis zur O-Grenze des Flurstücks Nr. 138).

Flur 23. Die gesamte Flur.

Flur 24. Die gesamte Flur.

Flur 25. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 26. Die gesamte Flur.

Flur 27. Flurstücke Nrn. 55 und 56

Weg Nr. 84.

Gemarkung Bickenbach

Flur 13. Die gesamte Flur.

Flur 14. Flurstücke Nrn. 1—5, 6/1, 6/2, 7/1, 7/2, 8, 9, 10/1, 10/2

Wege Nrn. 30, 31, 32, 33 und 29 tw. (im O bis zum Weg Nr. 34).

Gemarkung Hähnlein

Flur 8. Flurstücke Nrn. 21, 22, 23/1, 23/2, 24—27, 28/1—28/3,
29—41, 42/1—42/3, 43—46, 97, 98, 99/1, 99/2, 100—111, 112/1,
113—125, 126/1, 126/2, 127—138, 139/1, 139/2, 140—151, 152/1,
152/2, 153—155

Wege Nrn. 157, 158, 159, 160, 161, 162, 167, 168, 169, 166 tw.
(im SO bis zum Weg Nr. 167)

Gräben Nrn. 171, 172, 173, 174.

Flur 9. Die gesamte Flur.

Flur 10. Die gesamte Flur.

Flur 11. Der westl. Teil im SO begrenzt durch die SO-Grenze
der Wege Nrn. 208 und 211.

Gemarkung Gernsheim

Flur 5. Die gesamte Flur.

Flur 6. Die gesamte Flur.

Flur 7. Die gesamte Flur.

Flur 8. Die gesamte Flur.

Flur 9. Die gesamte Flur.

Flur 10. Die gesamte Flur.

Flur 13. Flurstücke Nrn. 26—34, 36/1, 36/2, 38—45, 46/1, 46/2,
47—52, 54, 55, 57, 60—69, 73—77, 80—87, 89—95, 98—109, 111/1,
111/2, 112—117, 119—128, 130—134, 136/1, 136/2, 137—149, 151
bis 156

Wege Nrn. 19, 35, 53, 70, 72, 78, 79, 88, 96, 97, 110, 118, 129, 135,
18 tw. (im W bis zur W-Seite des Flurstücks Nr. 26), 71 tw.
(im W bis zum Weg Flurstück Nr. 11), 169 tw. und 170 tw.
(jeweils im W bis zum Weg Nr. 157).

Flur 19. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 20. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 21. Die gesamte Flur.

Flur 22. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 23. Die gesamte Flur.

Flur 24. Die gesamte Flur.

Flur 25. Der südöstl. Teil im NW begrenzt durch die SO-Seite
des Weges Nr. 7.

Flur 26. Die gesamte Flur.

Flur 31. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 34. Die gesamte Flur mit Ausnahme der engeren Schutz-
zone.

Flur 35. Die gesamte Flur.

Flur 36. Die gesamte Flur.

Flur 37. Flurstücke Nrn. 1/3, 2/3, 3/1, 3/2, 4, 5, 8/1 tw. (im SO
bis zur Büttelwiesenschneise)

Wege Nrn. 12, 13, 11 tw. und 10 tw. (jeweils im O bis zum
Weg Nr. 13)

Graben Nr. 15 tw. (im SO bis zur Büttelwiesenschneise).

Flur 40. Die gesamte Flur.

Flur 41. Die gesamte Flur.

Flur 42. Die gesamte Flur.

Flur 43. Die gesamte Flur.

Flur 44. Flurstück Nr. 1/2 tw. (im SO bis zur Büttelwiesen-
schneise)

Weg Nr. 4/1.

Flur 45. Flurstücke Nrn. 1/2, 2/2 tw. (im SO bis zur Becker-
schneise)

Wege Nrn. 5/1 (BAB), 5/2, 5/3, 5/4.

Flur 46. Die gesamte Flur.

Gemarkung Klein-Rohrheim

Flur 3. Die gesamte Flur.

Flur 4. Die gesamte Flur.

Flur 5. Die gesamte Flur.

Flur 6. Die gesamte Flur.

Gemarkung Groß-Rohrheim

Flur 20. Östl. Teil, im W begrenzt durch den Weg Nr. 129 (Die
alte Steinstraße).

Flur 22. Der nördl. Teil, im S begrenzt durch die S-Seite des
Kappeshäuser Weges und der Kappelschneise.

Flur 24. Die gesamte Flur.

Flur 25. Die gesamte Flur.

IV. Weitere Schutzzone B (Zone III B)

Die weitere Schutzzone B erstreckt sich auf Teile der Gemarkungen Darmstadt, Pfungstadt, Hahn, Malchen, Seeheim, Bickenbach, Jugenheim, Balkhausen, Alsbach, Hähnlein, Hochstädten, Bensheim-Auerbach, Zwingenberg, Rodau, Schwanheim und Langwaden.

Die Grenze der weiteren Schutzzone B verläuft im Norden entlang der Gitterlinie 5518. Sie beginnt am Schnittpunkt mit der Flurgrenze der Fluren 5 und 6 der Gemarkung Hahn bis zur Gitterlinie 3475 im Osten.

Im Osten verläuft sie entlang der Gitterlinie 3475 zwischen den Gitterlinien 5518 im Norden und 5309 im Süden.

Im Süden verläuft sie entlang der Gitterlinie 5309 von der Gitterlinie 3475 im Osten bis zum Schnittpunkt mit der Gemarkungsgrenze Gernsheim-Langwaden.

Im Westen verläuft sie entlang der Ostgrenze der Zone III A.

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weiteren Schutzzonen (Zonen III A und B) bestehen, gelten auch für die engeren Schutzzonen (Zonen II) und für die Fassungsgebiete (Zonen I). Die Verbote der engeren Schutzzonen sind auch auf die Fassungsgebiete anzuwenden.

1. Weitere Schutzzonen (Zonen III A und III B)

Die weiteren Schutzzonen sollen den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

In der Zone III B sind insbesondere verboten:

- das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe mit Ausnahme des durch den Betrieb der Autobahn anfallenden Oberflächenwassers,
- das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben,
- das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Wasser nicht vollständig aus dem Gebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW-Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind.

In der Zone III A sind insbesondere verboten:

- die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zur 100 m³ fas-

senden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,

- das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen und sonstigen Ölrückständen sowie von Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben,
- das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- das Errichten von Kläranlagen,
- das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- das Anlegen von Sickergruben,
- das Neuanlegen von Friedhöfen,
- das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.) mit Ausnahme des durch den Betrieb der Autobahn anfallenden Oberflächenwassers,
- das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW-Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzonen (Zonen II)

Die engeren Schutzzonen sollen den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- die Bebauung,
1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- das Durchführen von Bohrungen,
- das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergleichen,
- das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- das Anlegen von Gärfuttermieten,
- der Bergbau, wenn er zur Zerreißung guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- das Vergraben von Tierleichen,
- der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengraben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus den engeren Schutzzonen abgeführt wird,

- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der Fassungsanlagen vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Flächen sollen im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte des Wasserverbandes „Gruppenwasserwerk Ried“ und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsgebieten und den engeren Schutzzonen versehen,
- g) an den in den Fassungsgebieten und in den engeren Schutzzonen vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen,
- j) die abwasserbelasteten Wasserläufe bzw. Gräben in den engeren Schutzzonen durch geeignete Maßnahmen gegen Sickerverluste sichern.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Der ordnungsgemäße Bahnbetrieb durch die Deutsche Bundesbahn auf der Strecke Mannheim—Frankfurt/M. im Bereich der weiteren Schutzzone (Zone III B) des Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen des Wasserverbandes „Gruppenwasserwerk Ried“ bleibt von den Verboten dieser Verordnung unberührt.

§ 6

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 7

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Die unteren Wasserbehörden haben die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Sie können im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 8

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 9

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat — 6100 Darmstadt, Rheinstraße 62
2. dem Landrat des Landkreises Groß-Gerau — untere Wasserbehörde — 6080 Groß-Gerau
3. dem Kreisausschuß des Landkreises Groß-Gerau — Bauaufsichtsbehörde — 6080 Groß-Gerau
4. dem Hess. Landesamt für Bodenforschung, 6200 Wiesbaden, Leberberg 9
5. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 6100 Darmstadt, Neckarstraße 4—6
6. dem Katasteramt Groß-Gerau, 6080 Groß-Gerau.

§ 10

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 4. 10. 1972

Der Regierungspräsident

V/14 — 79 e 04/01 (3362) — R I V

gez. Blöcker i. V.

StAnz. 45/1972 S. 1901

1376

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Reichelsheim — Ortsteil Gumpen —, Odenwaldkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Reichelsheim — Ortsteil Gumpen —, Odenwaldkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG —) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlagen, das sich auf Teile der Gemarkung Groß-Gumpen erstreckt, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsgebiet)
- Zone II (engerer Schutzzone)
- Zone III (weiterer Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und dem dazugehörigen Plan (Katasterplan i. M. 1 : 2 000), in dem diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsgebiet) = rote Umrandung
- Zone II (engerer Schutzzone) = grüne Umrandung
- Zone III (weiterer Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsgebiet (Zone I)

Der Fassungsgebiet erstreckt sich teilweise auf die Flurstücke Flur 1 Nrn. 95/4 und 95/2 der Gemarkung Groß-Gumpen.

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1974

MONTAG, 17. JUNI 1974

Nr. 24

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei	Vereinigung der Evangelisch-Lutherischen Freikirche mit der Evangelisch-Lutherischen (Alt-Lutherischen) Kirche und der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche 1085	Flurbereinigung Ortenberg, Wetteraukreis 1088
Verleihung von Dienstorden der Bundesrepublik Deutschland 1081	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Personalnachrichten
Der Hessische Minister des Innern	Nachweis der Flächen des Obstbaues im Liegenschaftskataster 1086	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1088
Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 8. 5. 1972; hier: Preismäßigung für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge 1082	54. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure; hier: Löschung, Anschriftenänderungen 1086	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen 1092
Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) vom 30. 3. 1957 i. d. F. vom 21. 5. 1968; hier: Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Arbeitsschutzgesetzes vom 8. 5. 1973 auf die Arbeiter in den Landwirtschaftsbetrieben und den Weinbaubetrieben des Landes .. 1082	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	Im Bereich des Hessischen Kultusministers 1093
Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens 1082	Eingliederung der im Landkreis Biedenkopf gelegenen forstlichen Dienststellen aus dem Regierungsbezirk Darmstadt in den Regierungsbezirk Kassel 1086	Im Bereich des Hessischen Sozialministers 1098
Ausländerrecht; hier: Verzeichnis der Ausländerbehörden 1083	Richtlinien für Anforderungen an Anlagen zum Umschlag gefährdender Flüssigkeiten im Bereich von Wasserstraßen 1086	Regierungspräsidenten DARMSTADT
Verlust einer Kriminaldienstmarke 1083	Flurbereinigung Ringgau-Datterode, Werra-Meißner-Kreis 1086	I. Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Michelstadt, Odenwaldkreis 1098
Der Hessische Minister der Justiz	Hessisches Landschaftspflegegesetz; hier: Bestimmung der Stellen nach § 3 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Landschaftspflegegesetz 1087	Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Hähnlein, Landkreis Darmstadt 1101
Organisation der Ortsgerichte 1083	Flurbereinigung Heisterberg, Dillkreis 1087	Buchbesprechungen 1103
Der Hessische Kultusminister		Öffentlicher Anzeiger
Genehmigung der Änderung der Tabelle für das Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe der Frei-Religions-Gemeinde Offenbach/Main 1083		Haushaltssatzung des KGRZ Starkenburg für das Rechnungsjahr 1974 1108
		1 Stellenausschreibung (PP) Wiesbaden 1112

Seite 1081

761

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Verleihung von Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag an folgende besonders verdiente Frauen und Männer den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

Verdienstkreuz 1. Klasse:

Lange, Hermann, Direktor, Hamburg (früher Kassel);

Verdienstkreuz am Bande:

Altrock, Rudolf, Einzelhändler, Wiesbaden-Sonnenberg;

Becker, Heinrich, Amtsleiter, Gießen-Wieseck;

Dickenberger, Karl, Rechtsanwalt und Notar, Friedberg;

Eberhardt, Otto, Bürgermeister a. D., Weilmünster/Langenbach;

Emmighausen, Fritz, Kaufmann, Dillenburg;

Erbe, Otto, Bürgermeister a. D., Weilmünster/Aulenhäusen;

Graff, Alfred, Laborant, Viernheim;

Gref, Wilhelm, Obermeister der Fleischerinnung Hanau, Hanau;

Grün, Emil, Bürgermeister a. D., Weilburg/Bermbach;

Hellwig, Johannes, Rentner, Korbach-Hillershausen;

Hoin, Rudolf, Bürgermeister a. D., Weilburg/Waldhausen;

Itter, Alfred, Bürgermeister a. D., Weilmünster/Dietenhäusen;

Jung, Karl, Bürgermeister a. D., Merenberg/Barig-Selbenhausen;

Klein, Wilhelm Heinrich, Bürgermeister a. D., Beselich/Schupbach;

Knögel, Ernst, Bürgermeister a. D., Weilburg/Hirschhausen;

Köhler, Heinrich, Bürgermeister a. D., Weilmünster/Mödtau;

Lange, Gustav, Schreinermeister, Gudensberg-Deute;

Mannes, Otto, Bürgermeister a. D., Runkel/Schadeck;

Medenbach, Karl, Bürgermeister a. D., Weinbach/Blessenbach;

Mehl, Hermann, Bürgermeister a. D., Weilburg/Kirchhofen;

Möller, Albert, Bürgermeister a. D., Weilmünster/Rohnstadt;

Müller, Wilhelm, Bürgermeister a. D., Runkel/Ennerich;

Raab, Adolf, Bürgermeister a. D., Weilmünster/Wolfenhausen;

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich der vorgenannten Schutzgebiete sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Odenwaldkreises als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Absatz 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Odenwaldkreises — untere Wasserbehörde, 6122 Erbach;
3. dem Kreisausschuß des Odenwaldkreises — Bauaufsichtsbehörde, 6122 Erbach;
4. dem Kreisausschuß des Odenwaldkreises — Kreisgesundheitsamt, 6122 Erbach;
5. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 6200 Wiesbaden, Leberberg 9;
6. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 6100 Darmstadt, Neckarstraße 4;
7. dem Katasteramt Michelstadt, 6120 Michelstadt;
8. der Stadtverwaltung der Stadt Michelstadt, 6120 Michelstadt;
9. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, 6200 Wiesbaden, Kranzplatz 5.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 15. 5. 1974

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e 04/01 (6313) — M
In Vertretung
gez. Bach

StAnz. 24/1974 S. 1098

781

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Hähnlein, Landkreis Darmstadt

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Hähnlein, Landkreis Darmstadt, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlagen ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlagen, das sich auf Teile der Gemarkungen Alsbach und Zwingenberg erstreckt, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),**
- Zone II (engere Schutzzone),**
- Zone III (weitere Schutzzone).**

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und dem dazugehörigen Plan (Katasterplan i. M. 1 : 5000), in dem diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich = rote Umrandung),
- Zone II (engere Schutzzone = blaue Umrandung),
- Zone III (weitere Schutzzone = gelbe Umrandung).

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen**I. Fassungsbereich (Zone I)**

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 7 Nr. 150 der Gemarkung Alsbach.

Er wird im Norden, Osten und Westen durch Geraden, die jeweils einen Kreis (Radius 15 m ab den Brunnenachsen) tangieren und senkrecht zueinanderstehen, begrenzt. Die Ostseite verläuft parallel zu der Ostgrenze des Flurstückes Nr. 150. Die Südseite verläuft mit der Südgrenze des Flurstückes Nr. 150.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Alsbach:

Flur 5 Flurstücke Nrn. 305—313, 301 (südlicher Teil — im Norden durch die nach Westen verlängerte Nordgrenze des Flurstückes Nr. 205 begrenzt), 303 (teilweise — im Osten von dem südöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 301 bis zu der nach Westen verlängerten Nordgrenze des Flurstückes Nr. 205) und 304 (teilweise — im Süden bis zu dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 305),

Flur 7 Flurstücke Nrn. 151, 150 (mit Ausnahme des Fassungsbereiches), 148 (südlicher Teil — im Norden durch eine Senkrechte zu der Ostseite, die von der Ostseite — 70 m von dem nordöstlichen Eckpunkt entfernt — nach Westen verläuft, begrenzt) und 149.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Alsbach und Zwingenberg:

Gemarkung Alsbach:

Flur 4 südlicher Teil (im Norden durch die Südseiten der Wege Nrn. 250 und 312 begrenzt),

Flur 5 südlicher Teil (im Norden durch die Süd- bzw. Westseite der Friedrich-Ebert-Straße sowie die Nordseiten der Neckarstraße und des Flurstückes Nr. 205 begrenzt),

Flur 7 Weg Nr. 146 (teilweise — im Norden bis zu der Nordseite der engeren Schutzzone),

Flur 16 westlicher Teil (im Osten durch die Westseiten des Weges Nr. 190 und der Flurstücke Nrn. 183/5, 187/7 und 188/1 begrenzt).

Gemarkung Zwingenberg:

Flur 1 nördlicher Teil (im Süden durch die Südseite der Straße „An der Wetzbach“ begrenzt),

Flur 3 die gesamte Flur,

Flur 4 nördlicher Teil (im Süden durch die Nordseite der Bahnhofstraße begrenzt),

Flur 5 nordöstlicher Teil (im Süden durch die Nordseite der „Rodauer Straße“, im Südwesten durch die Südwestseite des Weges Nr. 354 begrenzt).

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I).

Die Verbote der engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,
- c) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen, Rückständen von Erdölbohrungen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln.

tein in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben,

- d) das Verlegen von Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- f) das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,
- g) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten — VLwF — vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, und keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich. Die Prüfung der Behälter und deren Zubehör hat mindestens alle 2 Jahre zu erfolgen.
- 2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in bis zu 100 Kubikmeter fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- h) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- i) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- j) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- k) das Errichten von Kläranlagen,
- l) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- m) das Anlegen von Sickergruben,
- n) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- o) das Anlegen von Gewässern (insbesondere von künstlichen Wasserflächen, Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- p) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- q) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- r) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- s) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Wasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind u. a. diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 vom November 1961 aufgeführt sind,
- t) das Anlegen von Sand-, Kies- oder Tongruben ohne besondere Zulassung durch die zuständige Wasserbehörde.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF,

2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,

- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) das Durchführen von Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt und Abfallstoffen,
- f) das Anlegen von Dunghaufen sowie das Lagern von Kunstdünger,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dgl.,
- h) das landwirtschaftliche und gärtnerische Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfuttermieten,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißung guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) das Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- l) das Vergraben von Tierleichen,
- m) der Ausbau und das Neuanlegen von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) das Verwenden von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- o) das Versickern von Abwasser,
- p) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen, Unkraut und Aufwuchs.

3. Fassungsgebiet (Zone I)

Der Fassungsgebiet soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Fläche soll im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sollen jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers ausgestattet werden. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sollen so ausgeführt werden, daß das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) das Verwenden von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Hähnlein und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,

- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den im Fassungsgebiet und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Die Landräte der Landkreise Darmstadt und Bergstraße als untere Wasserbehörden haben die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Sie können im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von der Vorschrift des §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Absatz 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62;
2. dem Landrat des Landkreises Darmstadt — untere Wasserbehörde, 61 Darmstadt;
3. dem Kreisausschuß des Landkreises Darmstadt — Bauaufsichtsbehörde, 61 Darmstadt;
4. dem Landrat des Landkreises Bergstraße — untere Wasserbehörde, 6148 Heppenheim;
5. dem Kreisausschuß des Landkreises Bergstraße — Bauaufsichtsbehörde, 6148 Heppenheim;
6. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden;
7. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 61 Darmstadt, Neckarstraße 4;
8. dem Katasteramt Darmstadt, 61 Darmstadt;
9. der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Hähnlein, 6141 Hähnlein;
10. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, 62 Wiesbaden, Kranzplatz 5.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 15. 5. 1974 **Der Regierungspräsident**

V/14 — 79 e 04/01 (1864) — H

In Vertretung

gez. B a c h

StAnz. 24/1974 S. 1101

Buchbesprechungen

Prognosen zur Luftverschmutzung. Notwendigkeiten, Probleme und Möglichkeiten. Herausgegeben vom Technischen Überwachungs-Verein Rheinland e. V., 1973, 90 S., mehrere Abb. u. Tabellen, brosch., 15,— DM, Verlag TÜV Rheinland GmbH, 5000 Köln 30, Lukasstr. 90.

In dem Tagungsbericht des 1973 in Bad Neuenahr abgehaltenen Kolloquiums über Prognosen zur Luftverschmutzung sind die folgenden Vorträge wiedergegeben:

Emissionsprognosen als Element staatlicher Planung,

Dr. F. J. Dreyhaupt;

Diskussionsbeitrag zum Vortrag von Dr. Dreyhaupt,

R. Kröber

Emissionsprognosen — Probleme der Datenbeschaffung,

Dr. M. Fischer;

Emissionsprognose auf der Basis des Emissionskatasters,

Dr. K.-H. Lindackers;

Emissionsprognose für die Petrochemie im Raum Köln,

Dr. H. Bresser;

Korreferat zum Vortrag von Dr. Bresser,

O. Landhäuser.

Dieser Bericht richtet sich hauptsächlich an das administrative und technische Personal der Luftreinhaltebehörden sowie an die für die Politik, die Entwicklung und die Programmplanung auf dem Gebiet der Luftverschmutzungsbekämpfung zuständigen Regierungsstellen. Er gewinnt durch das Inkrafttreten des Bundes-Immissionschutzgesetzes an Aktualität.

Die herausragende Bedeutung der Bestimmungsmethode der künftigen Belastung der Luft mit fremden Stoffen für die erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes wird dargelegt. In den Beiträgen der Monographie werden unter den jeweiligen Gesichtspunkten Wege aufgezeigt, die eine Prognose der weiteren Entwicklung ermöglichen und somit dem Gesetzgeber und der Forschung Informationen vermitteln, die es gestatten, eine Planung zu betreiben, die nicht ständig von der Wirklichkeit überholt wird und die Umwelt-Konfliktsituationen nicht nachträglich beseitigt, sondern von vornherein ausschließt.

In den Beiträgen wird nicht lediglich ein allgemeines Konzept vermittelt, sondern es werden vielmehr für die einzelnen anstehenden Probleme konkret gangbare Wege aufgezeigt.

Gewerberat z. A. Dr. F i s c h b a c h

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) — Bund, Länder, Gemeinden —. Loseblattsammlung und Kommentar von ORR a. D. Sigmund Uttlinger und Ministerialrat Alfred Breier, Tarifreferent im Bundes-Innenministerium. 38. Ergänzungslieferung zur 1. Auflage (7. Ergänzungslieferung zur 6. Auflage). 316 S. DIN A 5, im Streifband 47,40 Deutsche Mark. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München, Vogelweideplatz 10.

Die sehr umfangreiche 38. Ergänzungslieferung dient der Aufnahme der im Rahmen der diesjährigen Lohnrunde vereinbarten Tarifverträge vom 16. März 1974 (Vergütungstarifverträge Nr. 12 für die Bereiche des Bundes und der Länder sowie für den Bereich der VKA,

32. Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT, Tarifvertrag über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte, Änderungsstarifverträge zu den Tarifverträgen über Zulagen nach besoldungsrechtlichen Vorschriften, Tarifverträge über die neuen Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge und Anlernlinge sowie über die neuen Entgelte für Praktikanten, Medizinalassistenten, Lernschwestern und Lernpfleger, Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe).

Darüber hinaus wird auch der Zweite Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT für den Bereich der kommunalen Arbeitgeber vom 18. Dezember 1973 (Einführung von Zeitzuschlägen für Angestellte) in die Loseblattsammlung aufgenommen. Die erläuternden Vorbemerkungen zu Abschnitt VI des BAT (Eingruppierung) sind durch Bemerkungen über die derzeitige Rechtslage auf dem Gebiete der Eingruppierung ergänzt worden. Der empfehlenswerte Loseblatt-Kommentar befindet sich nach der Einarbeitung dieser Ergänzungslieferung auf dem Stand vom 1. April 1974.

Oberregierungsrat R a m d o h r

Tabellen zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) (Bund, Länder und Gemeinden). 36. Auflage, Stand: 1. Januar 1974, 364 S. DIN A 5, kart., 28,80 DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München 80, Vogelweideplatz 10.

Die an dieser Stelle schon wiederholt besprochenen „Tabellen zum BAT“ sind nach Abschluß der rückwirkend zum 1. Januar 1974 in Kraft getretenen neuen Vergütungstarifverträge in der 36. Auflage erschienen.

Im kleineren Teil der Ausgabe (ca 70 Seiten) steht wiederum das ausgerechnete Zahlenmaterial übersichtlich geordnet und an Beispielen erläutert sowohl für das Vergütungssystem des Bundes und der Länder als auch für das der kommunalen Arbeitgeber zur Verfügung.

Besondere Erwähnung verdienen

- a) die Hilfstabellen, aus der die Stufen und die Grundvergütungen neu eingestellt, unter die Anlage 1a zum BAT fallender Angestellter zu Kontrollzwecken abgelesen werden können,
- b) die für alle Vergütungsgruppen ausgerechneten Tabellen zum Ablesen der Grundvergütung und des Ortszuschlags der Stufen 1 bis 7 (Anlage 1a zum BAT) bzw. der Stufen 1 bis 4 (Anlage 1b zum BAT).

Diese Tabellen ermöglichen es insbesondere, bei der Neueinstellung von Angestellten rasch und zuverlässig über die Höhe der Bezüge Auskunft zu geben.

Im überwiegenden Teil der Ausgabe werden — wie schon in den früheren Auflagen —, nach Schlagworten geordnet, einzelne tarif- und sozialversicherungsrechtliche Vorschriften erläutert bzw. im Wortlaut wiedergegeben. Die Neuaufgabe kann allen empfohlen werden, die einen großen BAT-Kommentar nicht unbedingt benötigen. Die Verfasser haben sich darauf beschränkt, erläuternde Vollzugshinweise des Bundesministers des Innern und des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen wiederzugeben. Bei der Anwendung in der Praxis ist daher darauf zu achten, daß diese Angaben für die Angestellten des Landes Hessen nicht immer zutreffen.

Oberregierungsrat R a m d o h r

Anlage 6: **Email der Hessenwasser GmbH & Co. KG (Herr Coppola)
zum Thema „Versorgungskonzept“ vom 10.04.2018**

Thomas Jurkschat

Von: franco.coppola@hessenwasser.de
Gesendet: Dienstag, 10. April 2018 15:02
An: cornelia.turzinski@westnetz.de
Cc: nicole.staude@hessenwasser.de; Elke.Duhr@hessenwasser.de;
walter.klupp@hessenwasser.de; thomas.kern@hessenwasser.de;
hermann.mikat@hessenwasser.de; juergen.hoening@hessenwasser.de;
arnd.allendorf@hessenwasser.de
Betreff: AW: Bl. 1398: Alternatives Versorgungskonzept für den Fall, dass eine Abschaltung des Brunnens des Wasserwerks Hähnlein erforderlich ist

Sehr geehrte Frau Turzinski,

ihre Anfrage wie die Bevölkerung im Havariefall weiterhin versorgt werden kann, wenn die Brunnen vom WW Hähnlein nicht mehr zu Verfügung stehen, ist für einen größeren Zeitraum nicht möglich.
Des Weiteren hängt es auch vom Zeitraum des Ausfalls ab.

Zur Erläuterung:

Das WW Hähnlein fördert im Sommer bis zu 100m³/h. Versorgt werden das Netz Hähnlein und zusätzlich über eine Druckerhöhung das Netz Alsbach. Sollte es zu einem Ausfall kommen steht diese Wassermenge nicht mehr zur Verfügung und es müsste aus anderen Bereichen gewonnen und verteilt werden.

Um diese fehlende Wassermenge zusätzlich aufzubereiten, steht nur das WW Eschollbrücken zur Verfügung und von dort aus würde es dann über DE Malchen Rtg. DE Seeheim Rtg. Netz Alsbach und aus dem Netz Alsbach Rückwärts mit einer DE nach Netz Hähnlein gepumpt werden.

Betrachtet man nun die Mengen im Sommer in der DE Seeheim Rtg. nach Netz Alsbach werden bis zu 180m³/h gefördert. Die DE Seeheim ist mit 200m³/h technisch limitiert und kann nicht mehr fördern.

Fazit eine Vollversorgung von Hähnlein über die DE Seeheim ist im Sommer NICHT möglich.

Inwieweit technische Maßnahmen dagegen ergriffen werden können ist dann im Detail zu prüfen.

Sollten noch Fragen bestehen stehe ich zur Verfügung.

verbleibe mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing. Franco Coppola
Abteilungsleiter Leitzentrale

Hessenwasser GmbH & Co. KG
Bereich Technik \ Leitzentrale
Taunusstrasse 100
D-64521 Gross-Gerau / Dornheim
FON: 069 - 25490 - 7500
FAX: 069 - 25490 - 7009

Mobil: 0171-1775014
www.hessenwasser.de



Bitte denken Sie an Ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt: Jede ausgedruckte E-Mail verursacht ca. 0,3 Gramm CO₂ pro Seite.

Sitz der Gesellschaft: Gross-Gerau, Amtsgericht Darmstadt, HRA 53394,
Komplementärin: Hessenwasser Verwaltungs-GmbH
Geschäftsführerin: Elisabeth Jreisat
Aufsichtsratsvorsitzender: Andreas Niedermaier
Sitz der Komplementärin: Gross-Gerau, Amtsgericht Darmstadt, HRB 54935

Diese E-Mail und deren Anhänge können vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Jegliche Art der Verwendung, Vervielfältigung oder Weitergabe ist nicht

Von: cornelia.turzinski@westnetz.de [mailto:cornelia.turzinski@westnetz.de]

Gesendet: Dienstag, 3. April 2018 11:28

An: Coppola Franco

Betreff: Bl. 1398: Alternatives Versorgungskonzept für den Fall, dass eine Abschaltung des Brunnens des Wasserwerks Hähnlein erforderlich ist

Sehr geehrter Herr Coppola,

leider konnte ich Sie heute telefonisch nicht erreichen. Bezüglich meiner Anfrage vom 25.01.2018 hat mich Herr Höning an Sie verwiesen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir erläutern könnten, wie in einem Havariefall, in dem die Abschaltung des Brunnens erforderlich wird, eine Versorgung der Bevölkerung durch die Hessenwasser GmbH sichergestellt wird.

Für die Beantwortung meiner Frage danke ich im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Cornelia Turzinski

Westnetz GmbH
Spezialservice Strom
Genehmigungen
Florianstr. 15-21, 44139 Dortmund
T intern 711-2237
T extern +49 231 438-2237
cornelia.turzinski@westnetz.de

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Joachim Schneider
Geschäftsführung: Dr. Jürgen Gröner, Arno Hahn, Dr. Stefan Küppers, Dr. Achim Schröder

Sitz der Gesellschaft: Dortmund
Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr. HR B 25719
USt.-IdNr. DE 8137 98 535